

INTOSAI



Z INTERNATIONALE Zeitschrift

für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



Juli 2005



Redaktionsbeirat

Josef Moser, President, Court of Audit,
Austria
Sheila Fraser, Auditor General, Canada
Faiza Kefi, Premier Président,
Cour des Comptes, Tunisie
David M. Walker, Comptroller General,
United States
Clodosbaldo Russian Uzcátegui,
Comptroller General, Venezuela

Präsident der IZSF

Helen H. Hsing (U.S.A.)

Chefredakteur

Donald R. Drach (U.S.A.)

Redakteure

Linda J. Sellevaag (U.S.A.)
Alberta E. Ellison (U.S.A.)

Redaktionelle Mitarbeiter/Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)
Khalid Bin Jamal (ASOSAI-Indien)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad
und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. Government Accountability Office (U.S.A.)

Verwaltung/Finanzen

Sebrina Chase (U.S.A.)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Árpád Kovács, President, Allami
Számvevőszék, Ungarn, Vorsitzender
Arturo González de Aragón, Auditor Superior,
Auditoría Superior de la Federación,
Mexiko,
Erster Stellvertretender Vorsitzender
Osama Jaffer Faqeeh, President, General
Auditing Bureau, Saudi Arabien,
Zweiter Stellvertretender Vorsitzender
Josef Moser, Präsident, Rechnungshof,
Österreich, Generalsekretär
Leopold A.J. Quedraogo, Inspector, Inspecteur
Général d'Etat, Burkina Faso
Paul R.S. Allsworth, Director of Audit, Cook
Islands
Vijayendra Nath Kaul, Comptroller and Auditor
General, Indien
Nobuaki Morishita, President of the Board of
Audit, Japan
Yun-Churl Jeon, Chairman, Board of Audit and
Inspection, Korea
Dr. Juan Gutiérrez Herrera, President, Consejo
Superior de la Contraloría General,
Nicaragua
Bjarne Mørk Eidem, Auditor General,
Riksrevisjonen, Norwegen
Alfredo José de Sousa, President, Tribunal de
Contas, Portugal
Albert Edwards, Director of Audit,
St. Kitts und Nevis
Faiza Kefi, Premier Président, Cour des
Comptes, Tunesien
Sir John Bourn, Comptroller and Auditor
General, National Audit Office, Vereinigtes
Königreich
David M. Walker, Comptroller General,
Government Accountability Office, U.S.A.
Guillermo Ramírez, President, Tribunal de
Cuentas, Uruguay
Clodosbaldo Russian Uzcátegui, Contralor
General, Contraloría General de la
República, Venezuela

© 2005 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US Government Accountability Office, Room 7814, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021. e-Mail: spel@gao.gov).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird an die Mitglieder der INTOSAI und andere Interessierte unentgeltlich verteilt. Die *Zeitschrift* ist in elektronischer Form unter www.intosai.org erhältlich sowie unter folgender e-Mail-Adresse: spel@gao.gov.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues in Kürze	3
Internationale Tsunami Konferenz	7
Qualitätssicherung von Fremdinformationen	10
Konferenz der ORKB-Leiter des Commonwealth	16
Länderprofil: Vereinigte Staaten von Amerika	19
Neuerscheinungen	24
INTOSAI Intern	26
IDI Update	36
INTOSAI Veranstaltungskalender	38

DIE UMSETZUNG DES STRATEGISCHEN PLANS DER INTOSAI: AUF DIE VERGANGENHEIT BAUEN - DIE ZUKUNFT GESTALTEN



Anmerkung der Redaktion:

Die Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle stellt in diesem Editorial eine neue Rubrik mit dem Titel „Der strategische Plan im Blickpunkt“ vor, die sich mit den Maßnahmen der INTOSAI zur Umsetzung ihres strategischen Plans beschäftigt. In den 8 Monaten, die der einstimmigen Annahme des strategischen Plans der INTOSAI auf dem 18. INCOSAI in Budapest folgten, spielten das Präsidium, das Finanz- und Verwaltungskomitee und andere INTOSAI-Gremien eine führende Rolle bei der Umsetzung des Plans.

Im Folgenden werden die wichtigsten Fortschritte bei der Umsetzung des strategischen Plans der INTOSAI seit dessen Verabschiedung im Oktober 2005 präsentiert:

- Unmittelbar nach der abschließenden Plenarsitzung des Kongresses fand in Budapest eine Präsidialtagung statt. Das Präsidium bestellte ein fünfköpfiges Finanz- und Verwaltungskomitee, das mit der Umsetzung von Ziel 4 beginnen sollte, und legte eine Reihe von finanziellen und anderen Aufgaben für das Komitee fest, die dazu beitragen sollen, aus der INTOSAI eine Organisation mit Vorbildcharakter zu machen. Bei der Abstimmung über die Aufnahme des Europäischen Rechnungshofs als erstes INTOSAI-Mitglied, das eine supranationale Organisation vertritt, wurden vom Präsidium bereits die neuen und erweiterten Mitgliedschaftskriterien angewendet.
- Am 17. Jänner 2005 tagte das Finanz- und Verwaltungskomitee unter Teilnahme aller darin vertretenen ORKB-Leiter in Wien, um über verschiedene Umsetzungsstrategien für Ziel 4 zu beraten. Das Komitee erarbeitete mehrere Alternativvorschläge und konkrete Empfehlungen zu den betreffenden Themen, die dem Präsidium auf seiner 2 Monate später stattfindenden Tagung zur Prüfung vorgelegt wurden.
- Auf seiner außerordentlichen Tagung in Budapest am 18. März 2005 ernannte das Präsidium Dänemark zum Vorsitzenden des neuen Komitees für Fachliche Normen (Ziel 1), Portugal zum Zielvermittler für Ziel 1, Marokko zum Vorsitzenden des neuen Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen (Ziel 2), die USA zum Zielvermittler für Ziel 2, sowie Indien zum Zielvermittler für Ziel 3. Außerdem genehmigte das Präsidium die Stellenbeschreibung und das Einstellungsverfahren für den Posten des Direktors

für die strategische Planung, der von einer ORKB entsendet werden soll. Das Generalsekretariat schrieb die Stelle aus und nimmt Bewerbungen für diesen neuen Posten entgegen. Das Präsidium begann mit ersten Beratungen über Möglichkeiten zur Gestaltung der Mitgliedsbeiträge für die neuen Kategorien der supranationalen und assoziierten Mitglieder.

- In ihrer Eigenschaft als Zielvermittler für Ziel 1 organisierte die ORKB von Portugal in Lissabon ein Arbeitstreffen für die Ziele 1, 2 und 3. Vertreter der Komiteevorsitzenden und der Zielvermittler erörterten praktische Themen wie den verstärkten Einsatz von Technologie zur Förderung der Kommunikation, Berichterstattungsverfahren und die vorläufigen Aufgabenbereiche des Komitees für Fachliche Normen und des Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen.
- Als Vorsitzende des Komitees für Fachliche Normen bzw. des Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen formulierten die ORKB von Dänemark und Marokko die Aufgaben dieser neuen Komitees und übermitteln die Entwürfe nun an die ORKB zur Stellungnahme. Die Entwürfe weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ihre Struktur und die Einhaltung der zentralen Werte der INTOSAI – Unabhängigkeit, Integrität, Professionalität, Glaubwürdigkeit, Inklusivität, Zusammenarbeit und Innovation – auf.
- Die ORKB von Indien hat als Zielvermittler für Ziel 3 (Austausch von Wissen) und als Vorsitzende des Komitees für die IT-Prüfung mit dem Entwurf eines Konzeptpapiers begonnen, das aufzeigt, wie die INTOSAI durch den verstärkten Einsatz von Technologie den Wissensaustausch fördern kann. Das Papier wird vor allem untersuchen, welche Möglichkeiten am effektivsten und effizientesten für die Kommunikation der ORKB, der verschiedenen INTOSAI-Komitees, Arbeitsgruppen und anderen Programmen und der sieben Regionalorganisationen der INTOSAI untereinander sowie im Austausch mit externen Partnern sind. Das Papier soll außerdem aufzeigen, auf welche Weise die *Zeitschrift* diesen Prozess unterstützen kann.
- Die INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) veranstaltete in Oslo eine Fokusgruppensitzung zum Thema strategische Planung, an der mehrere ORKB-Leiter teilnahmen, um das nächste 5-Jahres-Programm der IDI zu entwerfen und darüber zu diskutieren, wie die IDI den strategischen Plan der INTOSAI und das Komitee für den Ausbau der Sachkompetenzen unter Ziel 2 des Plans am besten unterstützen kann. Gleichzeitig wird derzeit von den Mitarbeitern dieser *Zeitschrift* untersucht, wie sich die Publikation in ein dynamischeres, web-basiertes Instrument für den Wissensaustausch verwandeln lässt.
- In diesen 9 Monaten intensiver Tätigkeit haben der Vorsitzende der INTOSAI, Arpad Kovacs, und Generalsekretär Josef Moser, sowie viele ORKB-Leiter aus der ganzen Welt den strategischen Plan auf aktive Weise gefördert und unterstützt. Ihre führende Rolle war und wird auch weiterhin ein wesentliches Element bei der Umsetzung des Plans sein.

Fortsetzung auf S. 6

NEUES



Australien

Neuer Auditor-General im Amt

Das australische National Audit Office (ANAO) freut sich, mit 11. März 2005 die Bestellung von Ian McPhee zum Auditor-General von Australien bekannt geben zu dürfen.



Ian McPhee

McPhee ist seit 1971 am ANAO tätig. Von August 1995 bis Jänner 2003 war er stellvertretender Auditor-General und als solches für die Umsetzung der Wirtschaftlichkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungsprogramme des ANAO verantwortlich. Von Jänner 2003 bis zu seiner Bestellung zum Auditor-General war McPhee stellvertretender Staatssekretär am Ministerium für Finanzen und

Verwaltung, wo seine Aufgabenbereiche die politische Beratung des Finanzministers in Fragen der Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Haushalts- und Finanzberichterstattung und -analyse auf Gesamtverwaltungsebene, Fragen der Altersvorsorge für Mitarbeiter des öffentlichen Sektors sowie die Belange des Office of Evaluation and Audit umfassten.

2002 erhielt McPhee die Public Service Medal für herausragende Verdienste im Bereich des öffentlichen Rechnungswesens und der öffentlichen Finanzkontrolle und der Entwicklung von branchenspezifischen Rechnungslegungsgrundsätzen. McPhee ist Mitglied der CPA Australia und des australischen Institute of Chartered Accountants. Er ist außerdem Mitglied des australischen und des internationalen Auditing and Assurance Standards Board.

McPhee ist mit großem Einsatz für das ANAO und den Berufsstand der Finanzkontrolle tätig und verfügt über breite Unterstützung innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes in Australien. Er freut sich bereits darauf, an den Aktivitäten der INTOSAI mitzuwirken und zum Austausch von Wissen und Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle beizutragen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: ANAO Director of External Relations and Publications, Fax: +61 2 6203 7519; E-Mail: ag1@anao.gov.au; Website: www.anao.gov.au.

Bulgarien

Neuer Präsident der ORKB

Am 7. April 2005 wurde Dr. Valerij Dimitrov von der Nationalversammlung zum Präsidenten der ORKB der Republik Bulgarien gewählt. Er folgt Dr. Georgi Nikolov nach, der seine Amtszeit beendet hat.

Nach seiner Wahl erklärte Dr. Dimitrov, dass er sich gemeinsam mit seinem neuen Team um die Stärkung der Unabhängigkeit der ORKB und des öffentlichen Vertrauens in die Institution bemühen werde. Die der Tätigkeit der Behörde zugrunde liegenden Leitprinzipien werden Unparteilichkeit, Kompetenz und ein konstruktives und offenes Verhältnis zu allen Verwaltungsinstitutionen sein.



Valerij Dimitrov

Dr. Dimitrov ist der Ansicht, dass Bulgariens Mitgliedschaft in der Europäischen Union die größte Herausforderung für die Verwaltung darstellt. Aber die ORKB sei bereit, der Verwaltung bei der Bewältigung dieser Herausforderung zu helfen, insbesondere durch die erfolgreiche Prüfung von Mitteln aus EU-Fonds.

Der 1954 in Sofia geborene Dimitrov verfügt über einen Universitätsabschluss in Rechtswissenschaften. Von 1984 bis zu seiner Bestellung zum Präsidenten der ORKB war er Dozent für Finanz-, Banken- und Börsenrecht

an der Universität für nationale und Weltwirtschaft in Sofia.

Von 1991 bis 2001 war er der Rechtsberater des Gouverneurs und des Direktoriums der bulgarischen Nationalbank (BNB). Von 1996 bis 2001 vertrat er die bulgarische Nationalbank im Vorstand der zentralen Wertpapierverwahrungsstelle. Als Rechtsberater der BNB spielte er eine wichtige Rolle in der Ausarbeitung der Sekundärgesetzgebung der BNB. Seine besonderen Fachkenntnisse im Bankenrecht erwarb er unter anderem auch in Österreich, Italien, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan.

Dimitrov war gewähltes Mitglied der 39. Nationalversammlung, wo er dem Ausschuss für Wirtschaftspolitik vorsah und Mitglied im Rechtsausschuss sowie im Haushalts- und Finanzausschuss war.

Er spricht Englisch und Russisch und hat zahlreiche Bücher, Studien und Artikel über das Banken-, Börsen-, Finanz- und Verwaltungsrecht verfasst. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Smetna Palata (Bulgarian National Audit Office), Fax: ++359 (2) 981 07 40, 981 19 41, E-mail: nao-pres@otel.net, Website: www.bulnao.government.bg.

Fidschi

Wiederbestellung des Auditor General

Im Jänner 2005 wurde Eroni Vatuloka gemäß der Verfassung von Fidschi von der Kommission für Verfassungsämter, für eine weitere Periode von 5 Jahren in seinem Amt als Auditor General der Republik Fidschi bestätigt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Effizienz der ORKB mittels qualitativ hochwertiger Prüfungen, Professionalität und Maßnahmen der Personalentwicklung zu steigern.

Vatuloka schloss 1984 sein Studium der Geisteswissenschaften an der University of the South Pacific ab und erwarb 1996 den Master in Handelswissenschaften an der Australian



Eroni Vatuloka

National University. 1988 wurde er vorläufiges Mitglied am Fiji Institute of Accountants, wo er 1989 als Wirtschaftsprüfer eingetragen wurde.

Während seiner 28-jährigen Laufbahn im öffentlichen Dienst bekleidete Vatuloka Ämter in verschiedenen Ministerien und Dienststellen der Verwaltung, vom einfachen Buchprüfer im Jahr 1987 bis zum stellvertretenden Auditor General im Jahr 1997.

Er ist Mitglied der INTOSAI Task Force für Internationale Geldwäsche und des Komitees für die Staatsschulden und Vorsitzender des Regionalkomitees für Institutionelle Stärkung der Südpazifischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (SPASAI) und des Beratungsausschusses der Abteilung für Rechnungswesen und Haushaltsführung der University of the South Pacific. Vatuloka ist außerdem Mitglied zahlreicher nationaler Ausschüsse und Gremien. Er ist der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Fiji Institute of Accountants, Vorstandsmitglied am Institute of Internal Auditors und Vorsitzender des Tax Agents Registration Board.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, Fax: ++(679) 330 4434; E-mail: pnavuku@connect.com.fj; Website: www.oag.gov.fj.

Malaysia

Partnerschaftsprogramm zwischen den ORKB von Malaysia und Nepal

Von 25. November bis 17. Dezember 2004 wurde vom National Audit



Die Teilnehmer am Partnerschaftsprogramm zwischen den ORKB von Malaysia und Nepal

Department (NAD) von Malaysia und dem Nepal Audit Office an der ORKB von Malaysia ein Partnerschaftsprogramm durchgeführt. Das Programm ist Teil einer Vereinbarung zwischen den beiden Rechnungskontrollbehörden im Rahmen des Projekts zur Reform der öffentlichen Finanzkontrolle und dem Aufbau von Sachkompetenzen der ORKB von Nepal. Das Ziel des Programms war, Beamte der ORKB von Nepal in den am NAD praktizierten Methoden der Einnahmenprüfung und der Prüfung der öffentlichen Bauwirtschaft zu schulen. Dreizehn Beamte des Nepal Audit Office nahmen an diesem Programm teil. Die Themen umfassten das Rechnungsführungssystem der Bundesverwaltung von Malaysia sowie die Steuereinhebung auf Bundesebene, Einnahmenprüfungen der Steuerbehörde und der Straßenverkehrsbehörde sowie die Prüfung der öffentlichen Bauwirtschaft. Die Teilnehmer besuchten auch das von der Wasserwirtschaftsbehörde durchgeführte Projekt für Umweltverbesserung und Hochwasserschutz im Gebiet des Klang River.

Einrichtung neuer Finanzkontrollinstitutionen in Malaysia

Im Jahr 2003 begann das National Audit Department von Malaysia mit den Vorbereitungen zur Einrichtung des Auditors Board of Malaysia und des Auditors Institute of Malaysia. Am 27. Oktober 2004 stimmte das Kabinett einem Memorandum zu, das die Zielsetzungen der beiden Institutionen festlegte. Das NAD holte von verschie-

denen malaysischen Fachverbänden eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gründungsgesetzes für diese beiden Institutionen sowie deren Organisationsstruktur ein. Das Gesetz soll vor Ende 2005 vom Parlament verabschiedet werden.

Konferenz der hochrangigen Beamten des National Audit Department 2005

Von 17. – 18. Februar 2005 fand die diesjährige NAD Senior Officers Conference statt. An der Konferenz mit dem Thema "Der Beitrag der Finanzkontrolle zu nationalen Zielen" nahmen 96 hochrangige Beamte des NAD teil. Die Konferenzteilnehmer diskutierten über den Prüfungsplan des NAD für 2005 und wurden über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Finanzkontrolle und der derzeitigen nationalen Entwicklungspolitik informiert.

Auf der Konferenz präsentierte der Auditor-General von Malaysia die Fahne und die Website des NAD sowie die NAD-Richtlinien für Umweltprüfung, Kommunalbehörden, die Führung der Landverwaltungsbehörde und öffentlich-rechtliche Körperschaften des Bundes. Zwei Gastredner hielten Vorträge über Biotechnologie in Malaysia und Investitionen in islamische Finanzinstrumente von mit der Verwaltung verbundenen Unternehmen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: National Audit Department of Malaysia, Fax: +6 03 8888 9701; E-mail: jbaudit@audit.gov.my; Website:

<http://www.audit.gov.my> (Malaiisch),
http://www.audit.gov.my/audit/Eng/frame_eng.htm (Englisch).

Nicaragua

Ernennung des neuen Präsidenten und Vizepräsidenten des Obersten Rats

Am 15. Februar 2005 wählte die Nationalversammlung die neuen Mitglieder des Obersten Rats der ORKB der Republik Nicaragua. Die Mitglieder werden für eine Amtszeit von 5 Jahren bestellt. Am 16. Februar 2005 wurden Dr. José Pasos Marciaq und Dr. Guillermo Argüello Poesy vom Obersten Rat einstimmig zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten des Gremiums gewählt. Beide werden ihr Amt für die Dauer eines Jahres bekleiden. Die anderen Mitglieder des Rats sind Luís Ángel Montenegro, Fulvio Enrique Palma Mora und Lino Hernández Trigueros. Stellvertretende Mitglieder sind Vicente Chávez Fajardo, Christian Pichardo Ramírez und Francisco Guerra Cardenal.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contraloría General de la República, Fax: +(505) 265-2075; E-mail: dri@cgr.gob.ni; Website: www.cgr.gob.ni.

Vereinigte Staaten

Internationales Peer-Review-Team erteilt dem Qualitätssicherungssystem des GAO einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk

Im April 2005 erteilte ein internationales Peer-Review-Team dem Qualitätssicherungssystem des U.S. Government Accountability Office (GAO) einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Das Qualitätssicherungssystem des GAO umfasst die Organisationsstruktur der Behörde sowie die Programme und Verfahren, mit denen die Einhaltung der Richtlinien für öffentliche Finanzkontrolle bei der Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen gewährleistet werden sollen.

Die einjährige Peer Review unter der Schirmherrschaft der globalen Arbeitsgruppe nationaler Rechnungskontrollbehörden wurde von der kanadischen ORKB geleitet und von einem Team aus Vertretern der ORKB von Australien, Mexiko, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Südafrika durchgeführt. Im Jahr 2004 hat sich die kanadische ORKB als erste nationale Rechnungskontrollbehörde einer Peer Review durch ein multinationales Team unterzogen. Die Prüfung der kanadischen ORKB wurde ebenfalls von einem internationalen Team unter der Leitung des National Audit Office von Großbritannien durchgeführt.

Das Peer-Review-Team führte Gespräche mit dem Personal des GAO, angefangen von Comptroller General David M. Walker bis hin zu kürzlich eingestellten Mitarbeitern, um dessen Kenntnisse und Anwendung der Qualitätssicherungsverfahren des GAO zu beurteilen. Die Teammitglieder nahmen auch an Sitzungen der Behördenleitung teil und trafen mit Experten und Fachleuten zusammen, um einen Einblick in deren Aufgaben innerhalb des Qualitätssicherungsrahmens des GAOs zu erhalten. Ausgewählte Teammitglieder überwachten auch das behördenweite, alljährlich durchgeführte interne Inspektionsprogramm des GAO, mit dessen Hilfe der Comptroller General beurteilen kann, inwieweit die Normen staatlicher Finanzkontrolle und die Zielsetzungen des GAO befolgt werden.

Das Peer-Review-Team stellte fest, dass das GAO seine Tätigkeit zwar zum

größten Teil im Auftrag von Kongressausschüssen durchführt, dass es aber über ausreichende Mechanismen verfügt, mit denen die Unabhängigkeit und Objektivität seiner Tätigkeit gewährleistet werden kann. Außerdem bemerkte das Team, dass am GAO verschiedene verbesserte Praktiken zum Einsatz kommen, die über die Anforderungen der Normen staatlicher Finanzkontrolle hinausgehen. Ein Beispiel ist der strategische Planungsprozess der Behörde, mit dem sichergestellt wird, dass das GAO sich wirklich mit den wesentlichsten Problembereichen des Landes, wichtigen Führungsfragen und risikoreichsten Programmen beschäftigt. Als weitere beachtenswerte Beispiele hat das Team die folgenden Praktiken genannt:

- das vom GAO eingesetzte Verfahren zur Beurteilung des Prüfungsrisikos, das den Grad der Produktüberprüfung und der Beteiligung von Führungskräften während eines Prüfungsauftrags bestimmt
- die Behördenprotokolle des GAO, die klar definierte und transparente Grundsätze und Verfahren für die Zusammenarbeit des GAO mit den geprüften Stellen festlegen
- die Zusammenarbeit mit Experten und Fachleuten zur Beratung und Unterstützung multidisziplinärer Prüfungsteams in methodologischen und fachlichen Fragen, wodurch das GAO vermehrt in der Lage ist, innovative Ansätze für die Analyse komplexer Situationen heranzuziehen

- die elektronische Prüfungsunterstützung des GAO, die die Mitarbeiter des GAO durch die Abwicklung des Prüfungsauftrags führt und ihnen hilft, die geltenden fachlichen Normen, sowie die Grundsätze und Leitlinien des GAO anzuwenden
- das Berichtformat des GAO, das die Produkte der Behörde für verschiedene Lesergruppen nützlich und leicht zugänglich macht

Das Team stellte fest, dass die Tätigkeit des GAO allen geltenden fachlichen Normen entspricht, und übermittelte dem GAO Vorschläge zur weiteren Verbesserung seiner Produkte, wie die zusätzliche Veröffentlichung von Quellen geschäftskritischer Informationen und der Auswirkungen von Entscheidungen bezüglich Prüfungsumfang und -methodik. Das Team schlug außerdem vor, dass das GAO alle seine Anforderungen erneut überprüft, um potenzielle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung durch den vermehrten Einsatz risikobasierter Grundsätze in seinem Qualitätsrahmen zu bestimmen. Comptroller General Walker meinte, das GAO werde die Empfehlungen durch ein neu zu bildendes internes Team prüfen.

Der Bericht der Peer Review ist auf der Website des GAO unter www.gao.gov verfügbar. Nähere Informationen sind erhältlich bei: GAO, Fax: ++(202) 512-4021; E-mail: spel@gao.gov.

Fortsetzung von S. 2

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde gerade die Planung für die Tagung des Finanz- und Verwaltungskomitees am 25. Juli 2005 abgeschlossen. Auf der Tagesordnung stehen der Entwurf eines Protokolls für einen einheitlicheren, strategischeren

Ansatz für die Zusammenarbeit mit Geberländern und –institutionen, die Auswertung der Bewerbungen für die Stelle des Direktors für die strategische Planung, die Ausarbeitung von Empfehlungen für die Aufnahme von assoziierten Mitgliedern und die Begutachtung

des vorgeschlagenen Konzepts für Kommunikation und Wissensaustausch. Das Präsidium wird die Empfehlungen des Komitees auf seiner Tagung am 10. und 11. November 2005 in Wien prüfen und zur Abstimmung bringen.

Internationale Konferenz über die Förderung der finanziellen Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung der Mittel der Tsunami-, Krisen- und sonstigen Katastrophenhilfe

von Dwita Pradana, Oberste Rechnungskontrollbehörde von Indonesien

Vom 25. bis 27. April 2005 veranstalteten die ORKB von Indonesien (BPK) und die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) eine internationale Konferenz über die Förderung der Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Verwaltung von Mitteln der Tsunami-, Krisen- und sonstigen Katastrophenhilfe. Die Konferenz fand in den Räumlichkeiten der Bank of Indonesia in Jakarta statt und beinhaltete auch eine Tagesexkursion in die vom Tsunami betroffenen Gebiete in Banda Aceh, damit sich die Teilnehmer selbst ein Bild vom Ausmaß der Schäden und Verluste machen konnten.

Die Konferenz stellte eine einmalige Gelegenheit zur Begegnung und zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den vom Tsunami betroffenen Ländern, den Geberländern und -institutionen sowie verschiedenen internationalen Organisationen dar. Die rund 140 Delegierten vertraten die Führungsebene der INTOSAI, die ORKB der Geberstaaten (Australien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, Katar, Korea, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Saudi Arabien, Schweden, und die Vereinigten Staaten), die ORKB anderer vom Tsunami betroffener Länder (Bangladesch, Indien, Malaysia, die Malediven, Sri Lanka und Thailand), Entwicklungshilfeorganisationen, die Weltbank, die Vereinten Nationen, das Rote Kreuz, die ausführenden Dienststellen Indonesiens und andere Parteien.

Die Konferenz begann mit einer Rede des Präsidenten von Indonesien, Susilo Bambang Yudhoyono. Er begrüßte die Delegierten und meinte: "Für die indonesische Verwaltung ist



Die Delegationsleiter und der Präsident von Indonesien, Susilo Bambang Yudhoyono, bei der Eröffnung der Konferenz.

das Thema der Konferenz von großem Interesse, und sie hat es sich zum festen Vorsatz gemacht, die Mittel für Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Wiederinstandsetzung auf verantwortungsvolle Weise zu verwalten.“ Er bekräftigte erneut die absolute Inakzeptanz von Korruption im Rahmen der von ihm im Dezember 2004 initiierten nationalen Anti-Korruptionsbewegung.

Zweifellos besteht die unmittelbare Herausforderung für die ausführenden Behörden, die Geber und Nicht-Regierungsorganisationen darin, die Hilfsmittel rasch den vorgesehenen Empfängern zukommen zu lassen und Straßen, Brücken und andere Komponenten lebenswichtiger Infrastruktur in guter Qualität wiederaufzubauen. Längerfristig liegt die Herausforderung im Aufbau der Kapazitäten von Verwaltungen, in der Schaffung von geeigneten Anreizen für eine gute Verwaltungsführung und der Hilfeleistung im Einklang mit den zentralen Grundsätzen von Transparenz und Rechenschaftspflicht. Die Rolle des internationalen Sektors der Finanzkontrolle, einschließlich der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB), ist die Gewährleistung der finanziellen Rechenschaftspflicht, damit Hilfsmittel und Mittel für den Wiederaufbau wirksam und wirtschaftlich verwendet werden und das Vertrauen der Geber erhalten bleibt.

Ziele der Konferenz

Die ORKB von Indonesien und die ADB formulierten ein einfaches Ziel für die Konferenz: die Entwicklung eines Organisationsrahmens und konkreter Strategien für die Förderung der Rechenschaftspflicht für Mittel der Tsunami-, Krisen- und sonstigen Katastrophenhilfe.

Im Rahmen der Konferenz fanden fünf Workshops statt, die spezifische Aufgaben zu erfüllen hatten:

- die Bestimmung von best practices für die Kontrolle der Hilfsmaßnahmen,
- die Entwicklung von Strategien zur Erfolgsmaximierung und zur Minimierung der Möglichkeiten des Missbrauchs von Hilfsmitteln für den Wiederaufbau in Tsunami-Gebieten und damit verbundenen Maßnahmen,
- die Festlegung von Methoden zur Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen und -ergebnisse der Geberländer und
- den Aufbau von Kapazitäten, um die Einrichtung von Rechts- und Regulierungssystemen sowie interner Kontrollen für das Beschaffungswesen zur Befolgung unterschiedlicher Geberrichtlinien und zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte und möglicher Doppelgleisigkeiten zu gewährleisten.

Da die Vereinten Nationen bestrebt sind, die Hilfszusagen von mehr als US\$ 3 Mrd. von Zusagen in Bargeld und von Bargeld in konkrete Maßnahmen zu verwandeln, wird es neuer Bündnisse bedürfen, um dauerhafte und positive Ergebnisse zu erzielen und die bedeutenden und äußerst großzügigen, aber nicht unbegrenzten Spendenmittel effizienter einzusetzen. Die INTOSAI-Gemeinschaft verfügt über ein riesiges und bisher ungenutztes globales Netz an Experten für die strategische Beaufsichtigung der multinationalen Maßnahmen für eine Katastrophe von solch vernichtenden, eine gesamte Region betreffenden Ausmaßen. Die Aufträge und Befugnisse der ORKB zur Prüfung und Evaluierung von Verwaltungsfunktionen beruhen auf gesetzlichen und ordnungspolitischen Aufsichtsstrukturen nationaler Verwaltungen. Nationen, die bei der Kontrolle der Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen

nach nationalen Katastrophen die Hilfe von ORKB in Anspruch genommen haben, haben dabei bedeutende Erträge erzielt.

Empfehlungen der Konferenz

Die Teilnehmer der Konferenz von Jakarta waren sich darin einig, dass der Tsunami der INTOSAI-Gemeinschaft die Gelegenheit biete, ihre gemeinsamen Erfahrungen und Fachkenntnisse einzusetzen, damit dem Prinzip der Kontrolle als Instrument zur Verringerung des Risikos von Betrug, Verschwendung und Missbrauch von Hilfsgeldern größtmöglicher Wert beigemessen wird. Als Ergebnis ihrer Beratungen haben die Teilnehmer eine Reihe wesentlicher Empfehlungen ausgearbeitet, von denen einige untenstehend angeführt sind:

- **Stärkung der internen Kontrolle und der Verwaltungsführung**
Es sollte eine vollständige Beurteilung der aktuellen Risiken und Schwachstellen der Haushaltsführungssysteme der nationalen Verwaltungen der Empfängerländer durchgeführt und das Vorhandensein interner Kontrollsysteme gewährleistet werden, die eine korrekte Trennung der Hilfs- und Wiederaufbaumittel von den normalen Haushaltsmitteln sowie deren wirtschaftliche, wirksame und sparsame Verwendung für die vorgesehenen Zwecke sicherstellen. Weiters sollten laufende Risikobeurteilungen zur Überwachung und Überprüfung verschiedener Aktivitäten durchgeführt werden.
- **Erhöhung der Transparenz**
Es sollte ein Online-System zur Verfolgung, Erfassung und Überwachung der Höhe der Hilfsmittel sowie des Status oder der Fortschritte der damit umgesetzten Programme entwickelt werden. Die in diesem System enthaltenen Informationen, einschließlich der Daten über gemeinsame Geberinstrumente, sollten öffentlich zugänglich gemacht werden, um die Rechenschaftspflicht und Transparenz weiter zu fördern. Außerdem sollte ein "geographischer Ansatz" zur Erleichterung der Planung sämtlicher Tsunami-Hilfsmaßnahmen untersucht werden, bei dem geographische Koordinaten, Landkarten und Satellitenbilder allen Beteiligten zur Verfügung stehen und somit Überschneidungen, Doppelgleisigkeiten oder Lücken beseitigt werden.
- **Gewährleistung der Rechenschaftspflicht**
Die ORKB der Geber- und Empfängerstaaten sollten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Mittel der Tsunami-Hilfe korrekt abgesichert und verwendet werden. Außerdem sollte eine Strategie entwickelt werden, um Prüfungen unter den Prüfungsbeamten der Geberländer und Lokalverwaltungen zu koordinieren und damit die Prüfungseffizienz zu erhöhen, den Technologietransfer zu erleichtern und einen Beitrag zum Aufbau lokaler Prüfungskapazitäten zu leisten.
- **Ausbau und Erhaltung von Kapazitäten**
Es sollte eine unabhängige Koordinierungsstelle oder ein Beirat (beispielsweise mit Vertretern der ORKB der Geberländer und anderen INTOSAI-Mitgliedern) zur Unterstützung der ORKB von Indonesien eingerichtet werden. Über dieses Gremium könnten Maßnahmen wie koordinierte Prüfungen geplant werden, um einen geeigneten Prüfungsumfang zu gewährleisten, die Duplizität von Prüfungsmaßnahmen zu beseitigen, die Prüfungseffizienz zu maximieren und die Prüfungskosten und die Belastung für die Verwaltungen der Empfängerländer zu minimieren.

Fortsetzung auf S. 25

Qualitätssicherung von Fremdinformationen

Von Erik Israël und Ferrie Pot, Niederländischer Rechnungshof

Seit den 1990er Jahren ist die Nachfrage nach Informationen über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Verwaltungspolitik gestiegen. Politiker und Öffentlichkeit betrachten es nicht mehr als selbstverständlich, dass die Verwaltung ihre Rechenschaftspflicht nur in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf die damit verbundenen Geschäftsvorgänge ausüben muss. In Folge waren in den vergangenen Jahren Verwaltungseinrichtungen zunehmend bemüht, Politiker und die Öffentlichkeit mit Informationen über die gesellschaftlichen Konsequenzen der Verwaltungspolitik zu versorgen. Ein Großteil der zu diesem Zweck verwendeten politischen Informationen stammt aus externen Quellen und wird als "Fremdinformationen" bezeichnet. Diese Informationen müssen hohe qualitative Anforderungen erfüllen.

Bisher wurde die notwendige Sicherstellung der Zuverlässigkeit von Fremdinformationen in allen Verwaltungsbereichen sowohl in der Theorie, d.h. in den entsprechenden Regeln und Vorschriften, als auch in der Praxis vernachlässigt. In diesem Artikel wird erörtert, weshalb Qualitätssicherung in Bezug auf politische Informationen, vor allem wenn es sich um Informationen von Dritten handelt, so wichtig ist. Außerdem wird darin ein Ansatz aufgezeigt, der die Zuverlässigkeit dieser Informationen durch eine risikoorientierte Kategorisierung gewährleisten soll. Anschließend wird dieser theoretische Rahmen anhand von Praxis-Beispielen aus den Niederlanden veranschaulicht, und schließlich werden für die einzelnen Risiko-Kategorien Maßnahmen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit dargestellt.

Die Wichtigkeit von Fremdinformationen und Qualitätssicherung

Gute politische Informationen sind ein wichtiges Instrument, um zu beurteilen, ob die einzelnen Ministerien ihre politischen Ziele erreicht haben, welche Maßnahmen sie zur Zielerreichung gesetzt haben und welche Kosten damit verbunden waren. Es ist allerdings nicht nur die öffentliche Rechenschaftspflicht die mit der Qualität der verwendeten Informationen steht oder fällt: es bedarf auch qualitativ hochwertiger Informationen, um interne Maßnahmen einzuführen und die politischen Programme rechtzeitig entsprechend abzustimmen.

Politische Informationen stammen vielfach von Dritten. In einer kürzlich in den Niederlanden durchgeführten Umfrage stammten rund drei Viertel der untersuchten politischen Informationen aus externen Quellen.¹ Der Anteil ist vermutlich auch in anderen Ländern ähnlich hoch. Angesichts der Menge an Fremdinformationen, die von einer durchschnittlichen Verwaltungsstelle verwendet werden, sowie der Wichtigkeit dieser Informationen, ist die Gewährleistung der Zuverlässigkeit der Daten ein bedeutendes Glied in der gesamten Qualitätssicherungskette des Politikprozesses. Allerdings ist die Sicherstellung der Qualität von Fremdinformationen nur äußerst selten in den gesetzlichen Rahmenvorschriften der Zentral- und Lokalverwaltungen zu finden. Zum Beispiel gibt es in der niederländischen Zentralverwaltung eine Ministerialverordnung über Leistungsdaten und Evaluierungen in der Zentralverwaltung, die den Rahmen für die Qualitätssicherung von

¹*Staat van de beleidsinformatie 2004* [Policy Information Report 2004]. Unterhaus, Sitzungsperiode 2003-2004, 29550, Nr. 1-2.

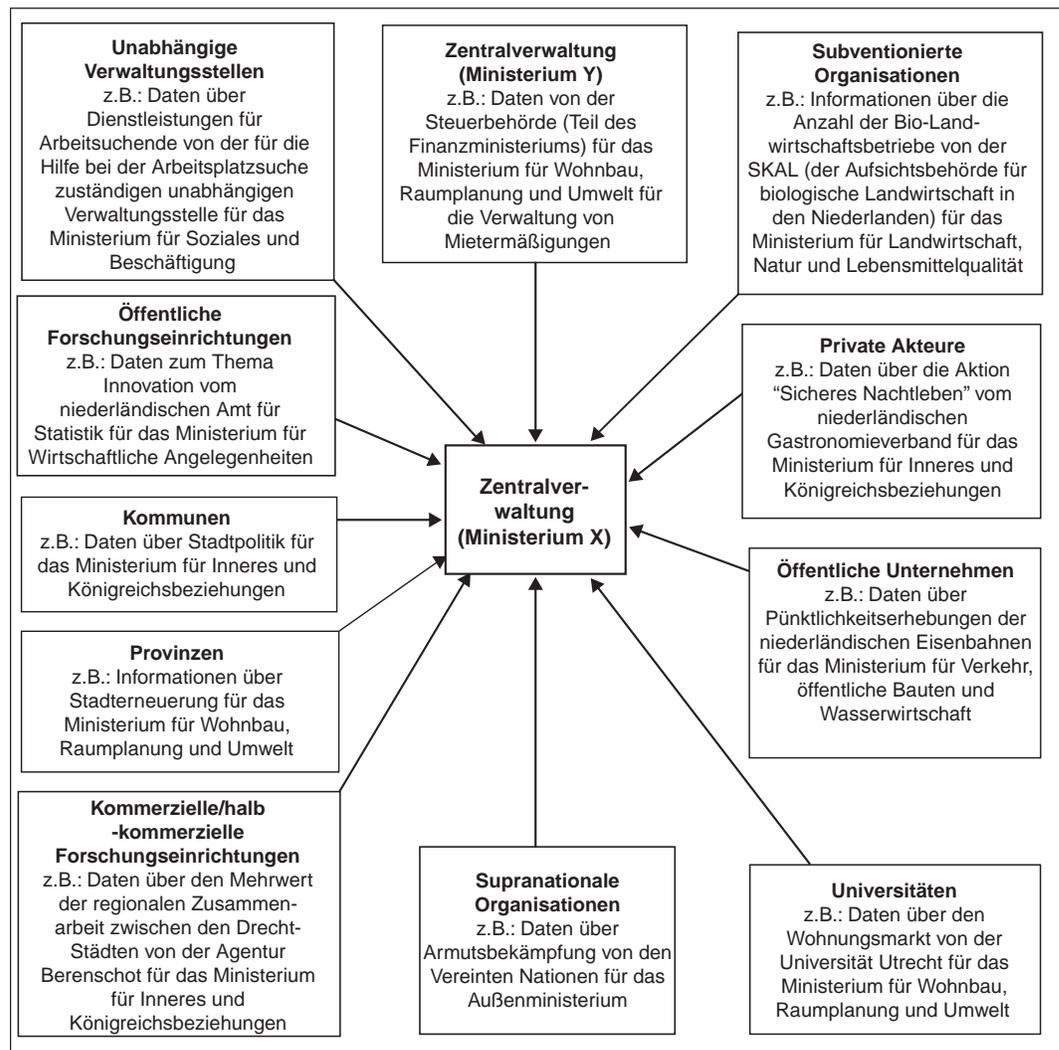
nicht-finanziellen politischen Informationen bildet. Bemerkenswerterweise werden in der Verordnung Fremdinformationen nicht explizit erwähnt, dieser Begriff fehlt darin zur Gänze!

Der Stellenwert, der der Qualitätssicherung von Fremdinformationen in der Praxis eingeräumt wird, ist ebenfalls mehr als unzureichend. Eine vor kurzem vom niederländischen Rechnungshof durchgeführte Erhebung zeigte zum Beispiel, dass bei mehr als einem Viertel der untersuchten Fremdinformationen keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um deren Qualität zu sichern.²

Kategorien von Fremdinformationen

Fremdinformationen können aus zahlreichen verschiedenen Quellen stammen. Abbildung 1 zeigt wie vielfältig diese Quellen aus Sicht eines niederländischen Ministeriums sein können.

Abbildung 1: Externe Informationsquellen



Quelle: Niederländischer Rechnungshof

²Unterhaus, Sitzungsperiode 2003-2004, 29 550, Nr. 1-2, S. 35.

Verwaltungsstellen, die Informationen von Dritten für die Haushaltsplanung, das Rechnungswesen und/oder politische Zwecke verwenden, sollten sicherstellen, dass diese Informationen ungeachtet ihrer Quelle zuverlässig sind. Angesichts der Menge an Informationen und der Vielzahl an möglichen Quellen ist dies keine einfache Aufgabe. Die Vielzahl der Quellen kann jedoch in eine geordnete Struktur gebracht werden, indem man sie auf Grundlage des mit der Fremdinformation verbundenen Zuverlässigkeitsrisikos in unterschiedliche Kategorien einteilt. Anhand dieses Risikokriteriums haben wir vier Kategorien von Informationsquellen festgelegt:

- Organisationen, die einer gesetzlichen Informationspflicht unterliegen
- Organisationen, die dem Benutzer der Informationen gegenüber rechenschaftspflichtig sind
- sonstige Organisationen mit einem Interesse am Inhalt der Informationen
- sonstige Organisationen ohne Interesse am Inhalt der Informationen

Organisationen mit einer gesetzlichen Informationspflicht

Die erste Kategorie umfasst Informationen aus Quellen, die gesetzlich verpflichtet sind, Informationen zu sammeln, zu bearbeiten und vorzulegen. Diese Art von Organisationen, beispielsweise ein zentrales Amt für Statistik, gibt es in zahlreichen Ländern. Das Risiko hinsichtlich der Qualität der Fremdinformationen aus Quellen, die ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen, kann als gering eingestuft werden, da man davon ausgehen kann, dass das anzuwendende Gesetz bereits Bestimmungen zur Gewährleistung der Qualität der Informationen enthält.³

Rechenschaftspflichtige Organisationen

Die zweite Kategorie beinhaltet Informationen aus Quellen, die verpflichtet sind, die Informationen im Rahmen ihrer Rechenschaftspflicht für die von ihnen eingesetzten öffentlichen Mittel bereitzustellen. Dazu zählen Verwaltungseinrichtungen, Lokalverwaltungen (Sozialversicherungsleistungen) und Organisationen, die staatliche Subventionen erhalten. Wir stufen das Risiko im Hinblick auf Informationen aus dieser Kategorie als hoch ein, da diese Organisationen ein Interesse an den übermittelten Informationen haben.

Ausreichende Absicherung des Qualitätsrisikos: Fischerei und Mineralienverbrauch

Dem Ministerium für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität werden Daten über die Fangmengen der Fischereibetriebe sowie über die Nettomengen der Mineralien, die in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen, übermittelt. Diese Daten, denen wir ein hohes Risiko zuordnen, stammen von Quellen, die dem Ministerium gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Das Ministerium ist sich dieses Risikos bewusst und versucht, die Qualität der Informationen durch eigene Erhebungen z.B. des Bestands von Schalentieren in Küstengewässern zu sichern. Es schließt auch jährliche Arbeitsvereinbarungen mit dem Generalinspektorat für die Inspektion der von den Fischern in den Häfen gemeldeten Fänge ab. Die Berichte über die in der Landwirtschaft verwendeten Mengen von Mineralien werden mit Verwaltungsdaten verglichen.

³Diese Informationsquellen führen auch Auftragsstätigkeiten außerhalb ihrer gesetzlichen Pflicht durch. Diese Tätigkeiten tragen dasselbe Risikoprofil wie die Kategorie "sonstige interessierte Quellen".

Sonstige interessierte Quellen

Die übrigen Informationsquellen können in solche mit und ohne Interesse am Inhalt der Informationen unterteilt werden. Das Interesse der Organisationen kann sachlicher oder finanzieller Natur sein. Ein sachliches Interesse besteht möglicherweise dann, wenn die Informationen das Bild der Organisation in der Öffentlichkeit beeinflussen (z.B. Passagierzahlen im Falle eines nationalen Flughafens). Das Interesse kann aber auch finanziell begründet sein, wenn es beispielsweise im Fall kommerzieller Forschungseinrichtungen eine Verbindung zwischen den übermittelten Informationen und möglichen zukünftigen Aufträgen gibt. Wir stufen das Risiko bei Informationen aus dieser Kategorie als mittel bis hoch ein.

Unzureichende Absicherung des Qualitätsrisikos: Hausmüll

Zur Überwachung der Auswirkungen seiner Abfallpolitik werden dem Ministerium für Wohnbau, Raumplanung und Umwelt Statistiken über die Abholung des Hausmülls durch die Abfallbewirtschaftungsbehörde übermittelt. Einige der grundlegenden Daten über Hausmüll werden direkt von Abfallverarbeitungsbetrieben oder Fachverbänden übermittelt, ohne von unabhängigen externen Fachleuten verifiziert zu werden. Diese Informationen stammen aus interessierten Quellen, denen wir ein mittleres bis hohes Risiko zuordnen. Zur Sicherung der Qualität dieser Daten dürften zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein. Das Ministerium hat keine besonderen Schritte unternommen, um zu gewährleisten, dass diese Risiken abgesichert werden, z.B. durch eine Verifizierung der Daten seitens unabhängiger externer Fachleute.

Sonstige Quellen ohne Interesse

Die vierte Kategorie umfasst Informationen aus Quellen, die die Informationen auf Eigeninitiative erhoben haben und kein Interesse daran haben, wie die Verwaltung diese Informationen verwendet. Beispiele für diese Kategorie sind wissenschaftliche Publikationen von Universitäten und Monitoring-Informationen von supranationalen Verwaltungsstellen. Es ist nicht möglich eine generelle Beurteilung der mit Informationen dieser Kategorie verbundenen Risiken abzugeben, da die Qualität der Informationen je nach Quelle und Produkt unterschiedlich sein kann. Die Risiken müssen für jeden Informationsfluss einzeln bewertet werden. Wir stufen das Risiko bei Informationen aus dieser Kategorie als mittel bis niedrig ein.

Maßnahmen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit

Im Idealfall weiß eine Verwaltung, die bestimmte Informationen von Dritten verwendet, wie zuverlässig diese Informationen sind. In vielen Fällen verfügt die Verwaltung jedoch über keinen ausreichenden Einfluss auf die Informationsquelle, um die Zuverlässigkeit durch Eingriffe in die Informationserstellung der entsprechenden Quelle zu garantieren. Es ist aber aus Kostengründen auch nicht erstrebenswert, dass die Verwaltung die Zuverlässigkeit aller Fremdinformationen prüft. In vielen Fällen ist die Verwaltung nicht in der Lage, die Zuverlässigkeit festzustellen, da dies zumindest einen Zugang zu den Rechercheunterlagen des Informanten erfordert. Hier hat die Verwaltung wiederum keinen Einfluss auf die Organisation, die die Informationen erhebt.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass Verwaltungsstellen etwas zur Gewährleistung der Qualität von Fremdinformationen unternehmen können. In manchen Fällen können sie die Informationen durch eigene Recherchen überprüfen, beispielsweise durch Trendanalysen, Wahrscheinlichkeitstests auf Grundlage von Vergleichen mit anderen Recherchen und eine

Verifizierung der Daten anhand von Vergleichen mit öffentlichen Quellen. Wenn die Verwaltungsstelle der Auftraggeber ist, verfügt sie über ein größeres Arsenal an Maßnahmen, die sie ergreifen kann, darunter auch folgende:

- die Anforderung, dass die Organisation die Recherche unter Einhaltung eines gewissen Maßes an Professionalität durchführt
- die Einrichtung eines Lenkungsausschusses oder einer Gruppe, die als Sondierungsgremium fungieren
- die Festlegung gemeinsamer Definitionen von Zuverlässigkeit, Gültigkeit und Aktualität, die von der für die Durchführung der Recherchen verantwortlichen Organisation angewendet werden
- die Anforderung, dass mit den bereitgestellten Informationen ein Prüfbericht übermittelt wird
- die Festlegung administrativer Anforderungen, die der Informant einzuhalten hat (z.B. das Vorhandensein administrativer Organisations-/Qualitätshandbücher)
- die Prüfung der Recherchemethoden des Auftragnehmers
- die Festlegung einer Vertragsbestimmung, die besagt, dass die Rechercheunterlagen einer externen Prüfung unterzogen werden können

Der Verwaltungsorganisationslehre zufolge müssen die gesetzten Maßnahmen mit dem wahrgenommenen Zuverlässigkeitsrisiko übereinstimmen. Hier besteht eine Korrelation mit der Kategorisierung der Fremdinformationen im vorhergehenden Abschnitt. Wenn die Informationen von einer Organisation in Ausübung einer gesetzlichen Pflicht erhoben wurden, dürfte es für die Verwaltungsstelle nicht erforderlich sein, weitere wesentliche Schritte zur Gewährleistung ihrer Zuverlässigkeit zu unternehmen.

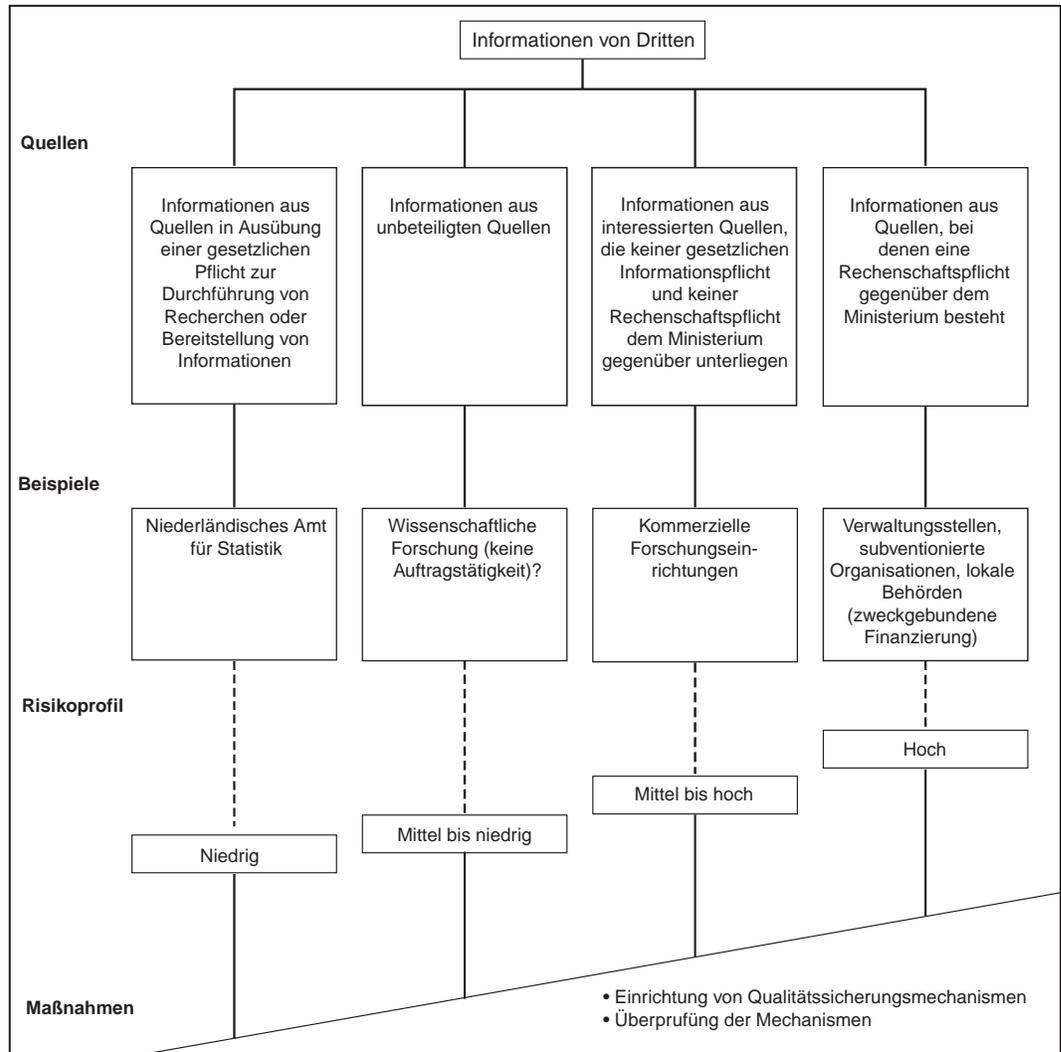
Es kann jedoch von einer Verwaltungsstelle erwartet werden, (1) substanzielle Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie Informationen von ihr gegenüber rechenschaftspflichtigen Organisationen verwendet und (2) zusätzliche Schritte zu unternehmen, um die Zuverlässigkeit von Informationen anderer interessierter Organisationen zu gewährleisten.

Abbildung 2 zeigt die Beziehung zwischen der jeweiligen Kategorie der Fremdinformationen und dem Einsatz von Maßnahmen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit.

Schlussfolgerungen

Die Gesellschaft fordert zunehmend, dass die Verwaltung die Folgen ihrer Politik offen darstellt. Hier handelt es sich um einen Trend, der nicht umkehrbar ist. Um dieser Forderung nachzukommen, müssen Verwaltungen die richtigen politischen Informationen bereitstellen und deren Qualität gewährleisten. Nachdem ein Großteil dieser Informationen – hier als Fremdinformationen bezeichnet – aus externen Organisationen stammt, ist die Verwaltung häufig nicht in der Lage, die Qualität dieser Informationen zu überprüfen, da sie keinen Einfluss auf die Informationsquellen hat und eine Prüfung hohe Kosten nach sich ziehen würde. Allerdings könnten Verwaltungsstellen auf diesem Gebiet aktiver sein als dies derzeit

Abbildung 2: Kategorien und Risikoprofile von Fremdinformationen und damit verbundene Maßnahmen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit



Quelle: Niederländischer Rechnungshof

der Fall ist. Wir sind der Meinung, dass ein risiko-basierter Ansatz eine wertvolle Hilfestellung bei der Wahl geeigneter Maßnahmen bietet. Dieser Ansatz beruht auf einer Kategorisierung der Informationsquellen nach ihrem Risikograd. Auf Grundlage dieses Risikograds können dann die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden. Mit diesem Ansatz kann mit relativ geringen Kosten eine ausreichende Sicherheit über die Zuverlässigkeit der Fremdinformationen gewonnen werden.

Nähere Informationen sind bei den Autoren erhältlich: e.israel@rekenkamer.nl und f.pot@rekenkamer.nl.

19. Konferenz der ORKB-Leiter des Commonwealth

von Alberta E. Ellison, Redakteurin, Internationale Zeitschrift für Finanzkontrolle, und Hayden Everett, Office of the Controller and Auditor-General, Neuseeland

Von 30. Januar bis 2. Februar 2005 fand in Wellington, Neuseeland, die 19. Konferenz der Auditor General der Staaten des Commonwealth statt. Unter den Teilnehmern waren Delegierte aus Australien, den Bahamas, Bangladesch, Botswana, Brunei Darussalam, den Cayman Inseln, den Cook Inseln, Fidschi, Gambia, Ghana, Großbritannien, Indien, Kanada, Kenia, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malaysia, den Malediven, Mauritius, Montserrat, Mosambik, Namibia, Neuseeland, Nigeria, Pakistan, Papua-Neuguinea, Sambia, Samoa, den Seychellen, Sierra Leone, den Solomon Inseln, Sri Lanka, Südafrika, Tansania, Tonga, Uganda, Vanuatu und Zypern. Außerdem waren auch Beobachter vom INTOSAI Generalsekretariat (Österreich) und dieser *Zeitschrift* anwesend.

Eröffnungszeremonie

Die Konferenzteilnehmer wurden im Rahmen einer traditionellen Begrüßungszeremonie der Maori (ein *powhiri*) im Parlamentsgebäude (dem Tagungsort) willkommen geheißen. Der *powhiri* begann mit einer *wero* (Herausforderung), gefolgt von einem *karanga* (Ruf/Gesang) zur Begrüßung und *waiata* (Lieder). Anschließend hieß der Vorsitzende des Unterhauses, Jonathan Hunt, die Delegierten in Wellington und dem Parlament willkommen.



Die Teilnehmer an der Konferenz der Auditors General des Commonwealth auf den Stufen des Parlaments von Neuseeland.

Die Konferenz wurde am Montag Vormittag offiziell vom Controller and Auditor-General von Neuseeland, Kevin Brady, eröffnet. In seiner Rede gab er der Hoffnung Ausdruck, "dass diese Konferenz uns allen und unseren Behörden dabei helfen wird, sich für die kommenden

Herausforderungen besser gerüstet zu fühlen. Obwohl einige dieser Herausforderungen universaler Natur sind, ist jede Behörde auch mit ganz spezifischen Problemen konfrontiert. Dennoch kann es für uns andere hilfreich sein, etwas über diese Probleme auf der Konferenz zu erfahren, vielleicht weil wir mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind oder weil sich dasselbe Problem in Zukunft auch für andere Behörden stellt.”

Nach der Eröffnungsrede folgte ein Impulsreferat des Generalsekretärs der INTOSAI, Dr. Josef Moser, in dem er die Konferenzteilnehmer über die Konsequenzen informierte, die sich für die ORKB aus dem vor kurzem beschlossenen strategischen Plan der INTOSAI ergeben.

Danach wurde eine Botschaft des Generalsekretärs des Commonwealth, Donald McKinnon, verlesen. Darin wies McKinnon darauf hin, dass die Konferenz der Auditors-General des Commonwealth ein Jahr, nachdem die Regierungschefs des Commonwealth in Abuja, Nigeria, zusammengekommen waren und sich zu einer Stärkung der wichtigsten demokratischen Institutionen, einschließlich der ORKB, verpflichtet hatten, stattfand.

Anschließend folgte eine Rede des stellvertretenden Leiters der ORKB von Neuseeland, Kevin Simpkins, mit einer Einführung in das Konferenzthema – die Verbesserung der öffentlichen Finanzkontrolle.

Diskussion der Konferenzthemen

Die auf der Konferenz geführten Diskussionen konzentrierten sich auf drei Unterthemen, die sich mit wichtigen Bereichen der staatlichen Finanzkontrolle befassten und Strategien und Methoden zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der ORKB und der Leistungserbringung für die Öffentlichkeit aufzeigten.

Unterthema I: Verbesserung der Leistungserbringung

Im Mittelpunkt dieses Themenkomplexes standen die Erwartungen der Parlamentsabgeordneten, der Öffentlichkeit und anderer Stellen. Premierministerin Helen Clark und der stellvertretende Oppositionsführer Gerry Brownlee referierten über die Erwartungen, die die Verwaltung und die Opposition 2005 an die ORKB-Leiter stellen. Die Referate sollten den Teilnehmern zeigen, welcher Art die Erwartungen anderer sind und wie ORKB darauf reagieren sollen, damit sie ihre Dienstleistungen für die Öffentlichkeit, das Parlament und andere Interessengruppen noch weiter verbessern können.

Im Anschluss folgte eine Podiumsdiskussion darüber, wie die Auditors General die wechselnden Erwartungen des Parlaments sehen. Sir John Bourn (Comptroller und Auditor General von Großbritannien), Muhammad Yunis Khan (Auditor General von Pakistan) und Richard Smith (Assistant Auditor General von Kanada) erläuterten die Standpunkte ihrer Länder und Finanzkontrollbehörden.

Zwei Referate über die Erwartungen der Öffentlichkeit und der geprüften Stellen in Bezug auf die Tätigkeit von ORKB-Leitern von Sir Geoffrey Palmer, dem früheren Premierminister, und Garry Wilson, dem Direktor der Accident Compensation Corporation, bildeten den Schlusspunkt der Diskussionen zu Unterthema I.

Unterthema II: Ausbau von Kenntnissen

Der Präsident des neuseeländischen Verbands der Wirtschaftsprüfer, des Institute of Chartered Accountants of New Zealand, Roy Tiffin, eröffnete die Präsentationen zu

Unterthema II mit einem Vortrag über die Herausforderungen für ORKB-Leiter im Jahr 2005. Dabei beschäftigte er sich vor allem mit dem Sektor der Finanzkontrolle und untersuchte Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle. Die Diskussionen beschäftigten sich mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen, wie die Rolle der ORKB in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung, neuen Entwicklungen und Aspekten im Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung und die zukünftigen Auswirkungen neuer Prüfungsrichtlinien. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass die ORKB ihre Kenntnisse laufend ausbauen müssen, um auf an sie gestellte Erwartungen und auf ihr Umfeld eingehen zu können.

Den Abschluss der Sitzungen zu Unterthema II bildeten drei parallele Workshops über (1) die Rolle der Rechnungsprüfer bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung (ORKB von Australien), (2) die Auswirkungen neuer Prüfungsrichtlinien für Rechnungsprüfer des öffentlichen Sektors (ORKB von Südafrika) und (3) aktuelle Trends, Entwicklungen und Herausforderungen der Wirtschaftlichkeitsprüfung (ORKB von Malaysia).

Unterthema III: Erstklassige Organisationsführung

Die Beratungen zu Unterthema III wurden mit Referaten über die Leistungsmessung und -berichterstattung in ORKB eingeleitet. Die Referate wurden von Prabhat Acharya, dem Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen der ORKB von Indien, und Richard Smith, dem Assistant Auditor-General von Kanada, gehalten.

Im Anschluss an die Referate fanden parallele Workshops zum selben Thema statt. Die Workshops umfassten Präsentationen von Asif Ali, dem Comptroller and Auditor-General von Bangladesch, Rajan Jugurnath, dem Leiter der ORKB von Mauritius, Kaveni Takalevu, dem stellvertretenden Leiter der ORKB von Fidschi, sowie von Radhika Reddy, Prüfungsleiterin an der ORKB von Fidschi.



Delegierte im Gespräch während einer Pause zwischen den Arbeitssitzungen.

Auf die Workshops folgte ein Referat über Wissensmanagement von Martin Sinclair, Assistant Auditor-General am National Audit Office von Großbritannien. In Anschluss erörterten die Delegierten die Erfahrungen im Bereich Wissensmanagement in ihren jeweiligen ORKB und diskutierten über Möglichkeiten um sicherzustellen, dass die Vorteile des Wissensmanagements auch wirklich genutzt werden.

Fortsetzung auf S. 35

Länderprofil: Das Government Accountability Office der Vereinigten Staaten

Von David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten

Das US Government Accountability Office (GAO) ist eine unabhängige Behörde innerhalb der gesetzgebenden Gewalt der US-Verwaltung. Gemeinhin als Ermittlungsorgan oder Aufsichtsbehörde des Kongresses bekannt, besteht der Auftrag des GAO darin, zur Verbesserung der Leistung und Gewährleistung der Rechenschaftspflicht der Bundesverwaltung im Interesse der amerikanischen Bevölkerung beizutragen. Dazu untersucht das GAO die Verwendung der Steuergelder und berät Parlamentsabgeordnete und Behördenleiter über Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz der Bundesverwaltung. Das GAO liefert seinen Kunden im Kongress aktuelle, fachspezifische, objektive, auf Fakten beruhende, unparteiliche, nicht-ideologische, faire und ausgewogene Informationen. Das GAO gibt auch Empfehlungen zur Verbesserung von Verwaltungsprogrammen und -politiken ab.

Geschichte

Als Reaktion auf die steigenden Schulden aus dem 1. Weltkrieg verabschiedete der US-Kongress das Haushalts- und Finanzkontrollgesetz (Budget and Accounting Act) von 1921. Dieses Gesetz sah eine verstärkte Kontrolle der Bundesausgaben vor und verpflichtete den Präsidenten zur Veröffentlichung eines jährlichen Bundeshaushalts, worin er vom Bureau of the Budget, einer neu-geschaffenen Behörde für Haushaltsfragen (heute das Office of Management and Budget), unterstützt werden sollte. Das Gesetz sah auch die Einrichtung des General Accounting Office (der ursprüngliche Name des GAO) innerhalb der gesetzgebenden Staatsgewalt vor, das die Verwendung der Bundesmittel überprüfen sollte.

Zu Beginn seiner Tätigkeit konzentrierte sich das GAO vornehmlich auf die Prüfung von Belegen. Prüfungsbeamte prüften Berge von Papieren, die die Ausgaben und Anschaffungen verschiedener Bundesbehörden dokumentierten. Nach dem 2. Weltkrieg begann das GAO seine Prüfungstätigkeit zu erweitern und untersuchte auch die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsaktivitäten.

In den 1960er Jahren begann das GAO mit jener Art von Tätigkeit, für die es heute vor allem bekannt ist: die Programmevaluierung, in deren Rahmen der Zielerreichungsgrad der Bundesaktivitäten untersucht wird. In der jüngeren Vergangenheit hat sich das GAO zunehmend mit politischen Analysen und weitreichenderen und langfristigeren Veränderungen auseinandergesetzt. Zum Beispiel hat das GAO zum wachsenden fiskalischen Ungleichgewicht in Amerika Stellung genommen, einen Beitrag zur Modernisierung der Haushalts- und generellen Geschäftsführung der Verwaltung geleistet und auf eine Reihe von risikoreichen Programmen, Strategien, Funktionen und Aktivitäten der Bundesverwaltung aufmerksam gemacht. Im Jahr 2004 hat die Behörde ihren Namen von General Accounting Office in Government Accountability Office umgewandelt, um ihre aktuelle Funktion und Aufgabe besser zu vermitteln.

Tätigkeitsspektrum

Das GAO übt eine Vielzahl von Aktivitäten aus. Zu seinen Aufgaben zählen Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Programmüberprüfungen, Untersuchungen,

Unterstützung in Rechtsfragen und Politikanalysen. Mit seiner Tätigkeit ermöglicht das GAO die Aufsicht, Einsicht und Voraussicht in Bezug auf ein breites Spektrum an aktuellen und zukünftigen Themen im Interesse des Kongresses und der Öffentlichkeit. Der Comptroller General, der dem GAO vorsteht, erlässt auch Richtlinien für die staatliche Finanzkontrolle und die interne Kontrolle.

Der Großteil der Tätigkeit des GAO wird im Auftrag von Kongressausschüssen durchgeführt oder gründet sich auf öffentliche Gesetze und Ausschussberichte. Mit Ermächtigung des Comptroller General führt das GAO auch eigeninitiierte Überprüfungen durch. Das GAO unterstützt die Aufsichtsfunktion des Kongresses durch

- die Berichterstattung über die Effizienz der Verwaltungsprogramme und -politiken;
- die Prüfung der Behördenaktivitäten zur Beurteilung der wirtschaftlichen und wirksamen Verwendung der Steuergelder;
- die Untersuchung angeblicher ungesetzlicher und unkorrekter Aktivitäten;
- die Veröffentlichung von juristischen Entscheidungen und Rechtsgutachten zur Verwendung von Bundesmitteln und anderen Angelegenheiten sowie von Berichten über die wichtigsten Behördenvorschriften und
- die Klärung von Einsprüchen bei Ausschreibungsverfahren der Verwaltung.

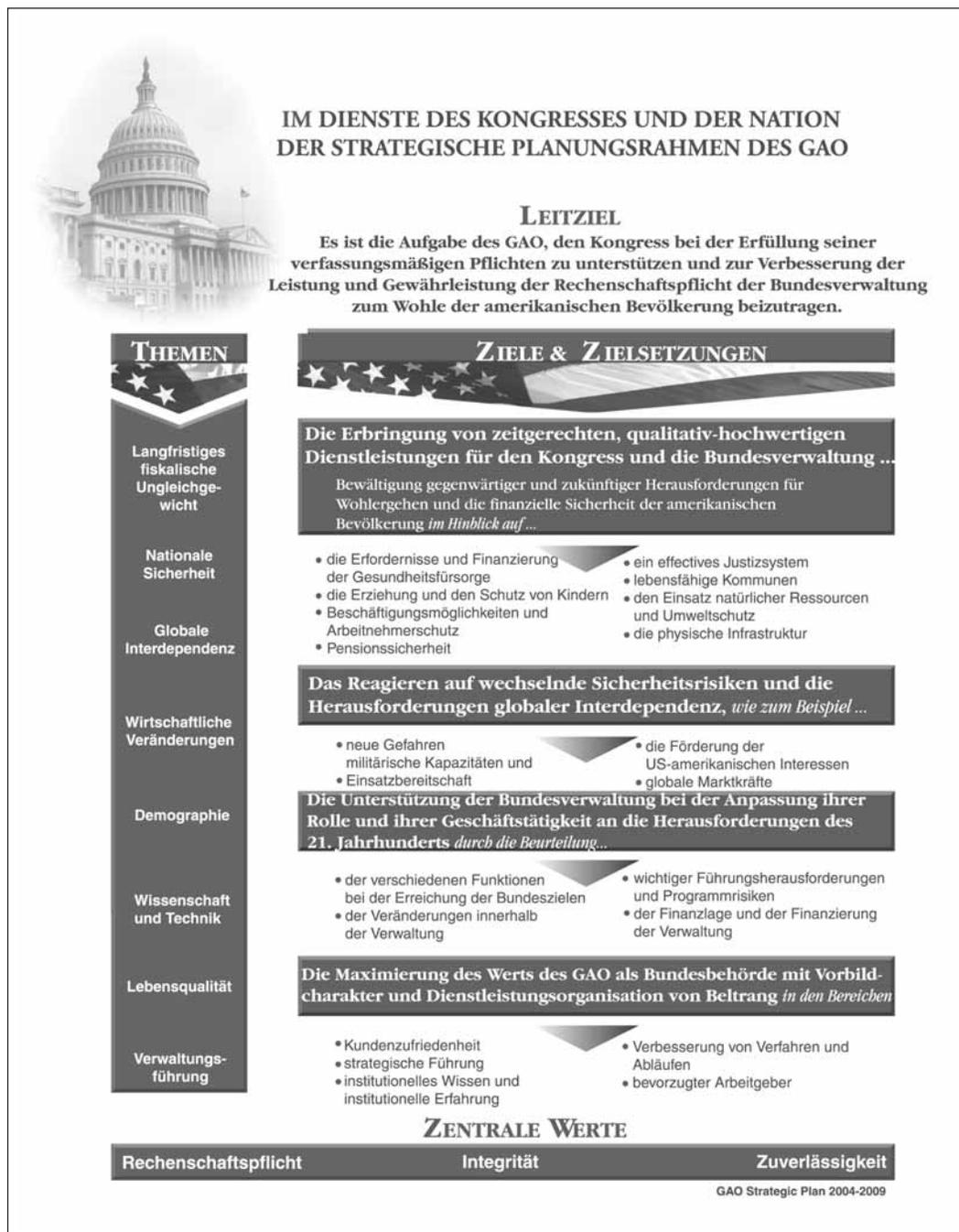
Zusätzlich zur Berichterstattung über die laufenden Verwaltungsaktivitäten versucht das GAO, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit auf verschiedene risikoreiche Verwaltungsbereiche sowie auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen für die Nation aufmerksam zu machen. So überwacht das GAO weiterhin die Entwicklungen auf vielen verschiedenen Gebieten, wie Landesverteidigung, Heimatschutz, soziale Sicherheit, Bildung, Umwelt, Gesundheitswesen, Humankapital, den Postdienst und das private Vorsorgesystem des Landes. Das GAO informiert die politischen Entscheidungsträger auch über langfristige Herausforderungen, denen die Nation gegenübersteht, wie der Finanzausblick der Verwaltung, neue Sicherheitsrisiken in der Ära nach dem kalten Krieg, die Überalterung Amerikas und ihre Auswirkungen auf das Gesundheits- und Pensionssystem, sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die zunehmenden Anforderungen an die US-Infrastruktur, angefangen von Autobahnen bis hin zu Wassersystemen.

Das GAO hat eine Reihe von zentralen Werten festgelegt, die die Grundsätze der Behörde definieren und als Orientierungshilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben dienen sollen. Die zentralen Werte des GAO – Rechenschaftspflicht, Integrität und Zuverlässigkeit – stellen eine Ergänzung zu den in den Gesetzen und geltenden fachlichen Normen enthaltenen Anforderungen dar.

Prüfungsplanung

Der strategische Plan des GAO für seine Tätigkeit im Dienste des Kongresses definiert die Aufgaben der Behörde, nennt die wichtigsten Trends und Themen im Bereich der öffentlichen Politik, mit denen sich das GAO beschäftigen wird, und skizziert die Ziele und Zielsetzungen der Behörde. Der erste strategische Plan wurde vom GAO im Jahr 2000 veröffentlicht, und seither wird der Plan alle zwei Jahre mit jedem neuen Kongress aktualisiert und an die neuen nationalen Anforderungen und Schwerpunkte angepasst. Zu den Zielen des GAO zählen die Bereitstellung von aktuellen, qualitativ-hochwertigen und

Der strategische Planungsrahmen des GAO



zuverlässigen Informationen über eine Vielzahl von Bundespolitiken, -programmen und -aktivitäten für den Kongress und die amerikanische Bevölkerung, die Unterstützung der Verwaltung bei ihren Reformen zur Vorbereitung auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts und die Übernahme einer Vorbildfunktion für die übrigen Organisationen der Bundesverwaltung und des Dienstleistungssektors.

Der strategische Plan des GAO stellt die Grundlage für alle wichtigen Haushaltsplanungs- und Ausgabenentscheidungen der Behörde dar. Ressourcen – Personal, Finanzmittel und Technologien – werden im Hinblick auf die Erreichung der Ziele und Zielsetzungen der

Behörde eingesetzt. Der strategische Planungsrahmen des GAO, in dem auch die aktuellen strategischen Ziele enthalten sind, ist in der Abbildung 1 auf Seite 21 dargestellt.

Ein wichtiger Faktor ist die ergebnisorientierte Rechnungslegung. Seit dem Jahr 2000 veröffentlicht das GAO Jahresberichte, die die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über die Leistungen des GAO und seine Pläne für die weitere Tätigkeit in der Zukunft informieren. Im Haushaltsjahr 2004, zum Beispiel, hat das GAO mit nur einer Ausnahme alle seine wichtigsten Leistungskennzahlen erfüllt oder übertroffen und für die meisten von ihnen ein neues Rekordergebnis erzielt. 2004 beliefen sich die Finanzgewinne aus der Tätigkeit des GAO auf die Rekordzahl von insgesamt US\$ 44 Mrd. – eine Rendite von US\$ 95 für jeden in das GAO investierten Dollar. Außerdem veröffentlichte das GAO an die 1.000 Berichte und Gutachten und gab mehr als 2.700 Empfehlungen zur Verbesserung der Verwaltungsaktivitäten ab. Die Behörde legt großen Wert darauf, den Status noch nicht umgesetzter Empfehlungen zu verfolgen. Das GAO stellte fest, dass mehr als vier von fünf seiner Empfehlungen seit dem Jahr 2000 umgesetzt wurden.

Personal, Organisation und Unabhängigkeit

Das GAO wird vom Comptroller General der Vereinigten Staaten geleitet, der vom Präsidenten der USA aus einer vom Kongress vorgeschlagenen Gruppe von Kandidaten für eine Amtszeit von 15 Jahren bestellt wird. Als derzeitiger Comptroller General habe ich mein Amt im November 1998 angetreten. Meine Amtsperiode läuft im Jahr 2013 aus. Aufgrund der langen Amtszeit zeichnet sich die Führung des GAO durch eine Kontinuität aus, die innerhalb der Verwaltung nur selten vorkommt und dazu beiträgt, die Unabhängigkeit der Behörde zu gewährleisten. Sie erlaubt es dem Comptroller General außerdem, auch komplexere und kontroversere Themen aufzugreifen, die nur über einen längeren Zeitraum wirkungsvoll gelöst werden können.

Die Unabhängigkeit des GAO wird weiters durch Gesetze, die ihm Zugang zu Verwaltungsunterlagen garantieren, durch ein Budget, das vom Kongress und nicht vom Präsidenten festgelegt wird, und durch eine Belegschaft von knapp 3.300 Berufsbeamten sichergestellt. Das Personal des GAO kommt aus so unterschiedlichen Bereichen wie öffentliche Politik, Gesundheitsfürsorge, Wirtschaftswissenschaften, Rechnungslegung und Informationsmanagement, und der Großteil der Mitarbeiter verfügt über eine höhere Ausbildung.

Das Prüfungspersonal des GAO gliedert sich in 13 Teams, die für konkrete Fachbereiche zuständig sind, darunter Landesverteidigung, internationale Angelegenheiten und Handel, natürliche Ressourcen und Umwelt, Gesundheitsfürsorge und Heimatschutz. Diese Teams werden durch verschiedene Stabs- und Verwaltungsstellen unterstützt. Das GAO hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. und verfügt über 11 weitere Büros im ganzen Land.

Personalmanagement

Das GAO betrachtet seine Mitarbeiter als sein wertvollstes Gut. Die Behörde hat zahlreiche Initiativen im Bereich des Personalwesens umgesetzt, um ihre Dienste für den Kongress und das Land zu verbessern. Auf Grund des GAO Human Capital Reform Act aus dem Jahr 2004 verfügt die Behörde über mehr Flexibilität in Personalfragen, wodurch die Einstellung und Bindung hochqualifizierter Mitarbeiter erleichtert werden soll. Unter anderem plant das GAO, ein verstärkt markt- und leistungsorientiertes Gehaltssystem einzuführen. Das GAO hat außerdem vor kurzem seinen ersten offiziellen strategischen Plan im Bereich Humankapital fertig gestellt, der einen Überblick über die Maßnahmen zur Umwandlung in eine

Dienstleistungsorganisation mit Vorbildcharakter enthält. (Der strategische Plan ist auf der Website des GAO unter www.gao.gov verfügbar.)

Das GAO legt großes Gewicht auf die Einstellung von Mitarbeitern, deren Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten der Behörde dabei helfen, die Bedürfnisse ihrer Kunden besser zu erfüllen, und die die Werte und Ziele des GAO teilen. Im Rahmen seiner Personalplanungsaktivitäten besucht das GAO führende Hochschulen und Universitäten, um zukünftige Mitarbeiter anzuwerben, und bietet herausragenden Studenten die Möglichkeit, ein Praktikum an der Behörde zu absolvieren.

Das GAO ist auch bemüht, in seine Mitarbeiter zu investieren und legt Wert darauf, gute Leistungen entsprechend zu honorieren. Das behördeneigene Center for Performance and Learning bietet ein kompetenzorientiertes Schulungsprogramm mit hunderten von Online-Schulungskursen an und hat vor kurzem ein Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte zur Unterstützung leitender Angestellter eingeführt. Die Behörde hat außerdem ein kompetenzorientiertes Leistungsmanagementsystem eingeführt, das die Leistungen der Mitarbeiter klar und eindeutig mit der Erfüllung des Auftrags und der strategischen Zielsetzungen der Behörde im Einklang mit ihren zentralen Werten verknüpft. Das GAO versucht, durch Vorbild zu führen und spielt eine Vorreiterrolle beim Einsatz innovativer Methoden, wie neue und verbesserte Technologien und Teleworking, um die Effizienz und Effektivität seiner Mitarbeiter zu steigern.

Zukünftige Herausforderungen

Die bedeutendste Herausforderung des GAO besteht darin, die sich verändernden und zunehmenden Bedürfnisse des Kongresses und der amerikanischen Bevölkerung in den kommenden Jahren angesichts budgetärer Sparmaßnahmen bestmöglich zu erfüllen. So ist die Bundesverwaltung auf Grund der Überalterung der Bevölkerung und steigender Gesundheitskosten mit einem großen und weiter wachsenden Strukturdefizit konfrontiert. Dadurch sind die Haushalte zahlreicher Bundesbehörden, darunter auch jener des GAO, zunehmendem Druck ausgesetzt. Gewählte Beamte werden schwere Entscheidungen über die Rolle und Aufgabe der Verwaltung und die Art und Weise ihrer Finanzierung treffen müssen. Das GAO wird weiterhin zu diesen und anderen komplexen Themen Stellung nehmen und ist bereit, den Kongress mit den besten verfügbaren Informationen als Grundlage für damit verbundene Entscheidungen zu versorgen.

Das GAO weiß, wie wichtig es ist, über eine hochqualifizierte und kompetente Belegschaft mit der richtigen Kombination aus Fachwissen und allgemeinen analytischen Fähigkeiten zu verfügen, um Ergebnisse zu erzielen und den Bedürfnissen seiner Kunden gerecht zu werden. Außerdem werden in den kommenden Jahren die physische Sicherheit und die Sicherheit von Informationen von zunehmender Wichtigkeit innerhalb des GAO sein.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: GAO, Fax: +(202) 512-4021; E-mail: spel@gao.gov; Website: www.gao.gov.

Neuerscheinungen

Im Februar 2005 veröffentlichte das US Government Accountability Office (GAO) einen Sonderbericht, in dessen Mittelpunkt das zunehmende fiskalische Ungleichgewicht in den Vereinigten Staaten steht und der die Notwendigkeit einer umfassenden Neuüberprüfung der Verwaltungstätigkeit herausstreicht. Der Bericht mit dem Titel "21st Century Challenges: Reexamining the Base of the Federal Government" stellt fest, dass der Kongress vor der überwältigenden Herausforderung steht, die Verwaltung und ihre Programme an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Diese Herausforderung beinhaltet auch Entscheidungen über die angemessene Rolle und die Größe der Bundesverwaltung sowie deren Finanzierung und die Anpassung der Vielzahl von Bundesaktivitäten an die Welt von heute. Letzten Endes wird diese Neuüberprüfung auch eine nationale Diskussion darüber mit einschließen, was sich die Amerikaner von ihrer Verwaltung erwarten, wie viel sie dafür zu zahlen bereit sind und wie die Verwaltung ihre Tätigkeit im 21. Jahrhundert durchführen soll.

In seinem Bericht wirft das GAO zur Veranschaulichung mehr als 200 Fragestellungen des 21. Jahrhunderts aus 12 umfassenden Bereichen seiner Tätigkeit für den Kongress auf. Diese Fragestellungen spiegeln funktionale Bereiche im Bundeshaushalt ebenso wider wie verwaltungsweite Themen oder die Einnahmenseite des Haushalts. Der Prozess der Neuüberprüfung der Verwaltungsbasis stellt eine Umkehr des Schwerpunkts inkrementeller Prüfungen dar, wo Vorschläge für neue Programme oder Aktivitäten einer unverhältnismäßig genauen Prüfung unterzogen werden, während den bestehenden Programmen und Aktivitäten wenig oder gar keine Beachtung geschenkt wird.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, dass das Ausmaß der fiskalpolitischen Herausforderungen und die Bedeutung der weltweiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen diese Art von Über-

prüfung und die schweren Entscheidungen, die zur Wiederherstellung eines nachhaltigen fiskalpolitischen Wegs und zur Modernisierung der Verwaltung erforderlich sind, zu einem generationsumspannenden Problem machen. Bereits jetzt mit der Neuüberprüfung zu beginnen, würde den Entscheidungsträgern ein strategischeres und selektiveres Vorgehen bei der Auswahl der zu überprüfenden Bereiche innerhalb der nächsten Jahre ermöglichen.

Der Bericht ist auf der Website des GAO (www.gao.gov) abrufbar. Nähere Informationen sind erhältlich bei: GAO, Fax: ++(202) 512-4021; E-mail: spel@gao.gov.

Es dürfte die Leser dieser Zeitschrift interessieren, mehr über die Verwendung computergestützter Prüfungsmethoden (CAATs) zu erfahren. Wie bereits in der IntolIT-Ausgabe (der INTOSAI Zeitschrift für Informationstechnologie) vom April 2005 (21) berichtet wurde, kommen in vielen ORKB unterschiedliche Arten von CAATs bei der Erfüllung ihrer Prüfungspflichten und -aufgaben zum Einsatz. Zu CAATs zählt jede Art von Software oder Anwendung, die zur Bestimmung von Trends, Fehlern oder anderer vom Prüfer festgelegter Kriterien verwendet werden. CAATs Software kann entweder intern entwickelt oder im Handel erworben werden.

CAATs unterstützen den Prüfer, indem arbeitsaufwändige manuelle Suchen, wie zum Beispiel die Durchsicht von Berichten in Papierform, überflüssig werden. Im Rahmen von Prüfungen der Rechnungsführung wurden CAATs zur Automatisierung von Datenüberprüfungen, Betrugserkennung und Prüfungen von Systemsicherheitskontrollen eingesetzt. Bei anderen Arten von Prüfungen können CAATs alle Instrumente umfassen, die zur Beurteilung oder Bewertung der geprüften Stelle eingesetzt werden, wie zum Beispiel Tabellenkalkulationen zur Überprüfung von Finanz- oder Kostendaten, Kostenmodelle, Instrumente für die Risikoanalyse oder sogar Instrumente zur Unterstützung der Auswertung von Erhebungsdaten.

IntolIT präsentiert die Ergebnisse seiner Studie über die CAATs-Erfahrungen, die 13 ORKB im Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung gemacht haben. Die Ergebnisse beinhalten konkrete Erfahrungsberichte und Fallstudien. Die 13 in der Studie erfassten ORKB sind Bhutan, China, Indien, Israel, Japan, Kanada, Litauen, Oman, Österreich, Polen, die Slowakei, Schweden und die USA.

Der Bericht ist erhältlich beim Herausgeber von IntolIT, National Audit Office, 157-Buckingham Palace Road, London SW1W 9SP, Großbritannien; Website: www.intosaitaudit.org.

Das Internationale Konsortium für Staatliche Haushaltsführung (ICGFM) hat die Ergebnisse seiner 2005 durchgeführten weltweiten Erhebung mit dem Titel "Resisting Corruption in the Public Sector" veröffentlicht. Im Zuge dieser Erhebung, die in Zusammenarbeit mit der Public-Sector-Gruppe von Grant Thornton durchgeführt wurde, wurden führende Mitarbeiter der Verwaltung über ihre Meinung zur Korruption in der Verwaltungstätigkeit des öffentlichen Sektors befragt. Konkret untersuchte die Erhebung die Wahrnehmung der Führungskräfte in Bezug auf die Schwere, die Gründe und die Folgen der Korruption im öffentlichen Sektor und gab Empfehlungen ab, wie Verwaltungseinrichtungen die Korruption im Rahmen ihrer Aktivitäten reduzieren und vermeiden können. Wirksame Anti-Korruptionsinitiativen müssen vielschichtig sein und die kulturellen, politischen und sozialen Gründe der Korruption bekämpfen.

Als Ergebnis der Erhebung des ICGFM wurden den Verwaltungen die folgenden Maßnahmen zum Abbau der Korruption empfohlen: (1) Bekämpfung der Korruption durch die Verringerung von Möglichkeiten für Bestechung, Erpressung und Schmiergelder, (2) Verringerung der Korruption bei der Steuereinnahme durch eine zentralisierte Einhebung und regelmäßige Rotation der Mitarbeiter, (3) Beseitigung von korruptionsanfälligen Beschaffungsmethoden durch

Zentralisierung des Beschaffungswesens, (4) Schutz von Personen, die Korruption zur Anzeige bringen, insbesondere Beamte, (5) Reform der Gesetze für den öffentlichen Dienst zur Reduzierung der Vetternwirtschaft, (6) Einrichtung von unabhängigen Antikorruptionsgremien und

-kommissionen, (7) Einführung von öffentlichen Aufklärungskampagnen zur Bekämpfung der Korruption und (8) Verstärkung der internen Kontrollen und Prüfungsverfahren zur Aufdeckung und Vermeidung von Betrug und Missbrauch.

Nähere Informationen über die Erhebung sowie die Ergebnisse der Erhebung sind erhältlich bei: ICGFM, 444 North Capitol Street, NW, Suite 234, Washington, D.C. 20001; Telefon: ++(202) 624-8461; Website: www.icgfm.org.

Fortsetzung von S. 9

- **Verbesserung der öffentlichen Berichterstattung**

Es sollte eine Website zur Information der Öffentlichkeit eingerichtet werden, die einen Überblick über die Verwendung der Tsunami-Hilfsmittel sowie andere relevante Informationen bietet. Die jeweiligen Prüfungsberichte sollen ein Gesamtbild auf nationaler Ebene zeichnen, während die Website der INTOSAI ein globales Gesamtbild darstellen soll.

Oberste Rechnungskontrollbehörden der Geber- und Empfängerstaaten sind mit ein wichtiger Garant dafür, dass die Tsunami-Mittel wie vorgesehen für Hilfsmaßnahmen und einen nachhaltigen Wiederaufbau verwendet werden. Die Geberländer und -institutionen haben hohe Erwartungen. Die fortdauernde Bereitschaft der Menschen auf der ganzen Welt, ihre Herzen und Brieftaschen zu öffnen, hängt davon ab, was mit dem Geld geschieht, das sie bereits für die Tsunami-Hilfe und den Wiederaufbau gespendet haben. Die sparsame, wirtschaftliche und wirksame Verteilung der Tsunami-Hilfsgelder ist die beste Möglichkeit, das weltweite Vertrauen nicht zu enttäuschen. Durch das Eingehen von Partnerschaften kann das gemeinsame Ziel von Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwendung von Hilfsgeldern erreicht werden.

In seiner Schlussrede auf der Konferenz erklärte der Leiter der indonesischen ORKB, Dr. Anwar Nasution: “In den letzten Tagen haben wir zahlreiche bedeutende Redner gehört, die uns in den Plenarsitzungen und den Diskussionen der Arbeitsgruppen großzügig an ihrem reichhaltigen Wissen und ihren Erfahrungen teilhaben ließen, und wir haben viel von ihnen gelernt . . . Durch diese Konferenz haben wir eine Verbindung zwischen zahlreichen erfahrenen Prüfungsbeamten und Prüfungsinstitutionen geschaffen, die uns den Weg für eine weitere Zusammenarbeit in unseren Bemühungen zur Förderung der Rechenschaftspflicht und Transparenz ebnen wird.”

Nähere Informationen, einschließlich der Tagungsunterlagen, sind auf der Website der Konferenz unter <http://webaceh.bpk.go.id>, oder bei der ORKB von Indonesien erhältlich: Audit Board of Indonesia, Fax: ++62 (21) 572-0944; E-mail: sekretariat1@bpk.go.id; Website: www.bpk.go.id.



Richtlinienkomitee für die Finanzkontrolle: Entwicklung von Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung

Im Rahmen dieser *Zeitschrift* informiert das INTOSAI-Richtlinienkomitee für die Finanzkontrolle (ASC) die INTOSAI-Mitglieder regelmäßig über die Fortschritte bei der Ausarbeitung der Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung. Die Entwicklung der Leitlinien erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) mit dem Ziel, in den International Standards on Auditing (ISA) auch Überlegungen des öffentlichen Sektors zu berücksichtigen.

Tagungen der Arbeitsgruppe für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung in Lima, Peru

Von 2. – 4. März 2005 tagte die Arbeitsgruppe für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung des ASC in Lima, Peru. Die ORKB von Peru fungierte als Gastgeberin der Tagung, deren Vorsitz die ORKB von Schweden führte. Vertreter der ORKB von Großbritannien, Kanada, Namibia, Norwegen und der Vereinigten Staaten nahmen an der Veranstaltung teil. Die Arbeitsgruppe freute sich, auf der Tagung ein Mitglied des Fachpersonals und zwei öffentliche Mitglieder des IAASB begrüßen zu können.

Die Tagungsteilnehmer behandelten Themen wie den Entwurf (1) eines Praxishinweises für ISA 240, Betrug und Korruption und (2) einer Stellungnahme der Arbeitsgruppe zu den IAASB-Entwürfen für ISA 320, Wesentlichkeit im Rahmen der Abschlussprüfung, und ISA 540, Die Prüfung von geschätzten Werten in der Rechnungslegung. Die Arbeitsgruppe erörterte auch Lücken, die zwischen den INTOSAI-Richtlinien für die Finanzkontrolle und den ISAs der IFAC festgestellt wurden, sowie Maßnahmen zur Beseitigung dieser Lücken, um den INTOSAI Mitgliedern möglichst vollständige Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeitsgruppe legte verschiedene Ziele fest, die bis zum INCOSAI in Mexiko City im Jahr 2007 erreicht werden sollen. Diese Ziele umfassen den Entwurf von Praxishinweisen für eine Reihe von bestehenden (und bereits überarbeiteten) ISAs sowie allgemeine Überlegungen zur Anwendung aller ISAs bei Rechnungsprüfungen des öffentlichen Sektors.

Im Anschluss an die Tagung der Arbeitsgruppe veranstaltete das IAASB in Lima eine Plenartagung. An dieser Tagung nahmen auch mehrere Mitglieder der Arbeitsgruppe für Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung und jene Experten aus dem Referenzgremium, die Mitglieder der Task Forces für die zur Diskussion stehenden ISAs sind, teil. Die folgenden ISAs waren Gegenstand der Beratungen:

- ISA 260 – Kommunikation mit der Führungsebene (Annahme des vorgeschlagenen Entwurfs)
- ISA 800 – Der Bericht des unabhängigen Prüfers über sonstige historische Finanzinformationen und zusammengefasste geprüfte historische Finanzinformationen (Annahme des vorgeschlagenen Entwurfs)
- ISA 705 – Abweichungen vom Bestätigungsvermerk im Prüfungsbericht (Annahme des vorgeschlagenen Entwurfs)

Wiederbestellung des Referenzgremiums

Die Arbeitsgruppe freut sich außerordentlich, die Wiederbestellung des Referenzgremiums bekannt geben zu dürfen, und möchte jenen ORKB, die freiwillig die Zeit und Fachkenntnisse ihrer besten Prüfungsexperten zur Verfügung gestellt haben, für deren Beitrag ihre Anerkennung aussprechen. Das Referenzgremium besteht nun aus 96 Experten und Backoffice-Experten aus 61 ORKB, die alle Regionalorganisationen, Sprachengruppen und Prüfungssysteme der INTOSAI vertreten.

Laufende Arbeit an den ISAs

Derzeit wird unter Beteiligung von INTOSAI-Experten an den folgenden ISAs gearbeitet:

ISA 230 – Dokumentation

- **Expertin:** Kelly Ånerud, Norwegen
- **Back-Office-Experten:** John Fretwell, Vereinigte Staaten; Inge Danielsson, Schweden
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im September 2005; Praxishinweis im Juni 2006

ISA 705 – Abweichungen vom Bestätigungsvermerk im Prüfungsbericht und
ISA 706 – Die Hervorhebung eines Sachverhalts in einem gesonderten Abschnitt
und andere Zusätze im Prüfungsbericht

- **Expertin:** Bettina Jacobsen, Dänemark
- **Back-Office-Expertinnen:** Mary Radford, Großbritannien; Marcia Buchanan, Vereinigte Staaten
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im März 2006; Praxishinweis im Dezember 2006

ISA 260 – Kommunikation mit der Führungsebene

- **Expertin:** Tove Myklebust, Norway
- **Back-Office-Experten:** Filip Cassel, Schweden; John Fretwell, Vereinigte Staaten
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im März 2006; Praxishinweis im Dezember 2006

ISA 800 – Der Bericht des unabhängigen Prüfers über sonstige historische
Finanzinformationen und ein vorgeschlagener ISA 810 – Der Bericht des
unabhängigen Prüfers über zusammengefasste geprüfte historische
Finanzinformationen

- **Experte:** Jonas Hällström, Schweden
- **Back-Office-Experten:** Demsash Betemariam, Äthiopien; Martin Dees, Niederlande;
Robert Cox, Neuseeland

- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im März 2006; Praxishinweis im Dezember 2006

ISA 550 – Verbundene Parteien

- **Experte:** John Thorpe, Großbritannien
- **Back-Office-Experten:** Zainun Taib, Malaysia; Uwe Schreiner, Deutschland; Goranka Kiralj, Slowenien
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im Juni 2006; Praxishinweis im Februar 2007

ISA 580 – Erklärungen der Unternehmensleitung

- **Expertin:** Vijaya Moorthy, Indien
- **Back-Office-Experten:** Martin Garrido, Chile; Ennio Colasanti, Italy
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im September 2006; Praxishinweis im Mai 2007

ISA 620 – Verwertung der Arbeit von Sachverständigen

- **Expertin:** Cláudio Branco, Brazil
- **Back-Office-Experten:** Das Projektsekretariat ist derzeit dabei, Back-Office-Experten zu bestimmen
- Voraussichtliche Endversion der Richtlinie im Dezember 2006; Praxishinweis im September 2007

Eine weitere Aufgabe der Arbeitsgruppe ist die Ausarbeitung von Praxishinweisen für die einzelnen ISAs, um eventuell erforderliche zusätzliche Orientierungshilfen für die Anwendung der ISAs durch Rechnungsprüfer im öffentlichen Sektor bereitzustellen. Die Praxishinweise beruhen auf den Beiträgen der Prüfungsexperten aus dem Referenzgremium.

Laufende Arbeit an den Praxishinweisen

Es werden auch Praxishinweise für ISAs erstellt, die zum Zeitpunkt der Einrichtung des Referenzgremiums bereits angenommen worden waren und bei deren Ausarbeitung kein Experte in der jeweiligen IAASB Task Force vertreten war. Das Projektsekretariat stellt zurzeit Task Forces mit Experten und Backoffice-Experten aus dem Referenzgremium zur Ausarbeitung von Praxishinweisen für diese ISAs zusammen.

ISA 240 – Die Aufgabe des Prüfers, Betrug und Irrtum bei der Prüfung von Rechnungsabschlüssen zu berücksichtigen: Leif Egil Berland, Norwegen

Der Entwurf des Praxishinweises 240 wird voraussichtlich im Februar 2005 an die INTOSAI-Mitglieder zur Stellungnahme übermittelt werden.

ISA 500 – Prüfungsnachweise: Henrik Söderhielm, Schweden

Nähere und regelmäßig aktualisierte Informationen über diese Tätigkeit oder die Standards sind auf der Website des INTOSAI-Richtlinienkomitees für die Finanzkontrolle (www.rigsrevisionen.dk/asc) oder der Website der IFAC (www.ifac.org) erhältlich.

Nähere Informationen sind beim Projektsekretariat oder dem Vorsitz der Arbeitsgruppe erhältlich: projectsecretariat@riksrevisionen.se.

Task Force zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche tagt in Peru

Die Task Force wurde 2002 eingerichtet und wird von der ORKB von Peru geleitet. Ihr Ziel ist (1) die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den ORKB und der Kooperation mit anderen internationalen Organisationen im Kampf gegen die Geldwäsche, (2) die Bestimmung und der Austausch von Programmen und Strategien innerhalb der Kompetenzen und Befugnisse der ORKB zur Bekämpfung der Geldwäsche und (3) die Gestaltung und Förderung von Programmen, Strategien und Maßnahmen für ORKB innerhalb der nationalen und internationalen Anti-Geldwäsche-Gesetze.



Die Mitglieder der Task Force auf der Tagung in Lima im März 2005

Im März 2005 veranstaltete die ORKB von Peru in Lima die 4. Tagung der Task Force. Zu den Teilnehmern zählten Task-Force-Mitglieder aus Fidschi, Großbritannien, Lesotho, Russland und den Vereinigten Staaten. Auf der Tagung präsentierte die ORKB von Peru die Website, die sie zur Verfolgung der Task-Force-Aktivitäten und zur Veröffentlichung von Informationen über Anti-Geldwäsche-Aktivitäten der Task-Force-Mitglieder eingerichtet hat. Die Task Force bekräftigte ihre drei Zielsetzungen und beauftragte die Task-Force-Mitglieder mit der Durchführung verschiedener Aktivitäten im Rahmen der einzelnen Zielsetzungen. Die Task Force plant, vor ihrer Tagung im Herbst 2005 einen Bericht an das Präsidium zu übermitteln.

Nähere Informationen sind beim Vorsitz der Task Force erhältlich: Contraloría General de la República, Fax: ++51 (1) 330 32 80; E-mail: contraloria@contraloria.gob.pe; Website: www.contraloria.gob.pe/task_force/index.htm.

Die INTOSAI Task Force für die Prüfung internationaler Institutionen nimmt ihre Tätigkeit auf

Die Task Force für die Prüfung internationaler Institutionen, die auf dem 18. INCOSAI in Budapest eingerichtet wurde, nahm mit der Veranstaltung ihrer ersten Tagung im April 2005

in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen ihre Tätigkeit auf. Das Mandat der Task Force umfasst

- die Koordination und Unterstützung bei der Bestimmung internationaler Institutionen, für die eine ORKB als externer Rechnungsprüfer fungieren sollte und deren Prüfungsmodalitäten in Übereinstimmung mit den diesbezüglich bestmöglichen Standards entwickelt werden müssen,
- die Zusammenarbeit mit betroffenen ORKB, um die auf dem 18. INCOSAI mit dem Ziel einer Änderung der Prüfungsmodalitäten angenommenen Grundsätze innerhalb der relevanten internationalen Institutionen zu verbreiten und zu fördern, sowie
- die Förderung des Einsatzes von ORKB als externe Prüfer und die Unterstützung interessierter ORKB bei der Vorbereitung auf solche Aufgaben.

Die Tätigkeit der Task Force soll in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen der INTOSAI und anderen Interessengruppen durchgeführt werden und beinhaltet Aktivitäten wie die Veranstaltung von Seminaren für ORKB und die Pflege direkter Kontakte mit entsprechenden internationalen Institutionen. Da das Mandat auf Überzeugungskraft und nicht auf übertragenen Befugnissen beruht, hängt die Arbeit der Task Force vom guten Willen der beteiligten Institutionen ab.

Auf ihrer ersten Tagung in Kopenhagen diskutierten die Task-Force-Mitglieder über einen Entwurf des Aufgabenbereichs, darunter auch eine Reihe von strategischen Zielen, die dem Präsidium auf seiner ordentlichen Tagung im November 2005 in Wien vorgelegt werden sollen. Die Mitglieder beschlossen, verschiedene internationale Institutionen zu kontaktieren, um Informationen über deren Prüfungsmodalitäten zu sammeln. Jedes Mitglied der Task Force wird für eine oder zwei der Institutionen zuständig sein und über die Anforderungen und Veränderungsmöglichkeiten in der betreffenden Institution berichten. Nach dem Abschluss dieser Faktenerhebung wird die Task Force erneut im Herbst 2005 zusammenkommen, um auf Grundlage der Berichte eine kleinere Zahl von Pilot-Institutionen auszuwählen, die zur Besprechung ihrer Prüfungsmodalitäten kontaktiert werden können. Die Task Force wird ihre Tätigkeit voraussichtlich vor dem 19. INCOSAI in Mexiko City 2007 abgeschlossen haben und bei dieser Gelegenheit darüber berichten.

Die Task Force wird von der ORKB von Dänemark geleitet. Zu ihren Mitgliedern zählen die ORKB von Dänemark, Großbritannien, Indien, Japan, Nepal, Norwegen, Österreich, Saudi Arabien, Schweden, Südafrika, Südkorea, Tuvalu, Ungarn und Venezuela.

Die Task Force wurde in Anknüpfung an die Tätigkeit einer ad-hoc Arbeitsgruppe eingerichtet, die auf dem 17. INCOSAI in Seoul ins Leben gerufen wurde, auf dem eines der Themen die Prüfung internationaler Institutionen war.

Die Arbeitsgruppe, die auf dem 18. INCOSAI aufgelöst wurde, hat eine Reihe von Grundsätzen für die Prüfung internationaler Institutionen erarbeitet, die auf dem Kongress angenommen wurden. Diese Grundsätze sind im Folgenden aufgelistet:

Um wirksam zu sein, sollten die Prüfungsmodalitäten für internationale Institutionen sicherstellen, dass:

1. alle durch öffentliche Gelder finanzierte oder unterstützte internationalen Institutionen der Prüfung durch ORKB unterliegen sollten, um auf diese Weise eine bessere Führung der Institution, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fördern;

und dass der externe Prüfer:

2. bei der Durchführung der Prüfung voll unabhängig ist,
3. ausreichend Befugnisse hat, um die Prüfung in einer Art durchzuführen, die der best practice bei der Prüfung öffentlicher Gelder entspricht,
4. ausreichende Ressourcen hat, um die Prüfung durchzuführen,
5. das Recht und die Pflicht hat, über die Ergebnisse der Prüfung im Wege des obersten Organs an die Mitgliedsstaaten zu berichten,
6. die jeweiligen professionellen und ethischen Standards erfüllt und
7. in einer offenen, fairen und transparenten Weise bestellt wird.

ORKB, die der Task Force beitreten wollen, sind jederzeit willkommen.

Nähere Informationen über die Task Force sind beim Vorsitzenden erhältlich: Fax: ++45 33 14 38 28; E-mail: Rigsrevisionen@rigsrevisionen.dk.

Arbeitsgruppe Umweltprüfung (WGEA)

Mit Herz und Verstand: Einblicke in die Umweltprüfung auf dem 18. INCOSAI

Alles war vorbereitet. Über 150 Mitarbeiter von 80 Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) – darunter hauptsächlich die Leiter der Behörden – hatten sich auf dem 18. INCOSAI in Budapest im Oktober 2004 im Konferenzsaal versammelt. Von den Stehplätzen war freundliches Geplauder und Gelächter zu hören. Aber als die eigentliche Sitzung begann, wurde es leise im Raum und alle Augen waren auf die Redner gerichtet.

“Wir sind verpflichtet, unseren Planeten zu bewahren und zu schützen – das muss uns ein gemeinsames Anliegen sein. Unsere Umweltsünden und -errungenschaften betreffen nicht nur uns – ihre Auswirkungen sind auch für die Menschen in anderen Ländern spürbar.” (Miroslaw Sekula, Präsident der Obersten Kontrollkammer Polens)

”Unsere Prüfungen tragen dazu bei, den Umgang der Verwaltung mit Umweltbelangen zu verbessern und langfristig den sozialen Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung in unserer aller Länder zu steigern.” (Dr. Genaro Matute Mejía, Contralor General von Peru)

Einen Moment . . . handelt es sich hier um hart gesottene Rechnungsprüfer oder um radikale Umweltschützer? Ein Redner nach dem anderen betonte die Notwendigkeit, die Qualität unserer natürlichen Umwelt und Ressourcen zu schützen und gleichzeitig das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen. Die von der Reise erschöpften und unter Jet-Lag leidenden Zuhörer glaubten vielleicht im falschen Raum zu sein und sich in eine Greenpeace-Veranstaltung verirrt zu haben. Aber nein – das war der richtige Ort: das ORKB-Leiter-Forum ”Erfahrungen in der Umweltprüfung”, dessen Gastgeberinnen die Leiterin der kanadischen ORKB, Sheila Fraser, und die Beauftragte für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung, Johanne Gélinas, waren. Nach monatelangen Vorbereitungen durch das Sekretariat der Arbeitsgruppe Umweltprüfung (WGEA) konnten fünf ORKB-Leiter (Miroslaw Sekula, Dr. Genaro Matute Mejía, Liu Jiayi, Shauket A. Fakie und Sarath

Chandrasiri Mayadunne) ihren Kollegen ihre Überlegungen zum Thema Umweltprüfung vermitteln. Nacheinander beschrieben sie in ihren eigenen Worten, aus welchem Grund die Umweltprüfung in ihren Institutionen eine wichtige Rolle spielt.



ORKB-Leiter auf dem INCOSAI-Forum über Umweltprüfung

“Unser Land schreibt der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung in seinem Haushalt und seinen Aktivitäten einen hohen Stellenwert zu. Die Umweltprüfung ist eines der wichtigsten Kapitel im strategischen 5-Jahres-Plan meiner Behörde.” (Liu Jiayi, stellvertretender Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Volksrepublik China)

Das Ziel dieser Veranstaltung, so erklärte John Reed aus Kanada, sei die Bewusstseins- und Vertrauensbildung unter den ORKB-Leitern. “In zahlreichen ORKB ist die Umweltprüfung ein voll entwickelter und wichtiger Tätigkeitsbereich. Andere ORKB sind erst dabei, diesen Bereich aufzubauen, und wieder andere möchten damit beginnen, wissen aber nicht genau wie. Unsere Erfahrungen in der WGEA haben uns gezeigt, dass die ORKB immer noch viele Fragen haben und dass alle ihre Sicht der Dinge beitragen und voneinander lernen können.”

Mit fortschreitendem Verlauf der Veranstaltung wurde die persönliche Überzeugung der ORKB-Leiter deutlich sichtbar. Sie verlasen hier keine vorgezeichneten Reden, ihre Worte kamen wirklich aus tiefstem Herzen. Als gemeinsamer Tenor kristallisierte sich dabei heraus, dass ihre Institutionen Umweltbelangen zwar einen hohen Stellenwert einräumten, dem aber ausschließlich geschäftliche Überlegungen zugrunde legten. Die Umweltprüfung ist ein wesentlicher Bestandteil ihres gesetzlichen, treuhänderischen und moralischen Prüfungsmandats und ihrer Prüfungspflicht.

“Es ist schön und gut, wenn ein Land über hohe Ideale und politische Richtlinien verfügt, aber wenn diese nicht umgesetzt werden, hat das alles keinerlei Bedeutung. Jetzt stellt sich die Frage, ob politische Entscheidungsträger und lokale Behörden aufgefordert wurden, für die Zerstörung der Umwelt Rechenschaft abzulegen. Meine Aufgabe als Auditor General umfasst auch, die Öffentlichkeit nicht nur über die Haushalts- und Wirtschaftsführung sondern auch über die Umweltleistungen der Verwaltung zu informieren.” (Shauket A. Fakie, Auditor General der Republik Südafrika)

In ihrer Eröffnungsrede erklärte Johanne Gélinas, dass die WGEA die Aufgabe habe, die ORKB beim Aufbau von Kapazitäten für die Durchführung von Umweltprüfungen zu unterstützen. “Alle unsere Aktivitäten – einschließlich unserer Leitfäden, der Website, dem WGEA-IDI Schulungsprogramm und unserer größeren Tagungen – sollen den ORKB als Hilfestellung dienen.”

Daran anknüpfend, betonten alle Redner, wie wichtig ein Informations- und Erfahrungsaustausch unter den ORKB sei und wie sehr ihnen die WGEA bei ihren Bemühungen geholfen habe.

”Für uns ist die Umweltprüfung ein noch neues Aufgabengebiet. Die WGEA hat uns bei unseren ersten Schritten enorm unterstützt. Der Austausch von Erfahrungen ist eine wichtige und wertvolle Maßnahme, und eine diesbezügliche Möglichkeit wäre, ein Praktikum bei einer erfahreneren ORKB zu absolvieren. Wir haben gelernt, dass unsere Prüfungen dem Wohle und Nutzen zukünftiger Generationen dienen.” (Sarath Chandrasiri Mayadunne, Auditor General von Sri Lanka)

An den Reaktionen des Publikums gemessen, fanden die Worte der ORKB-Leiter großen Anklang. So erklärte Pieter Zevenbergen aus den Niederlanden im Anschluss: “Es war schön, zu hören, dass es weltweit uneingeschränkte Unterstützung für Umweltbelange gibt . . . Die Umweltprüfung wird zu einer dauerhaften Einrichtung werden.”

Nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung hatten die Teilnehmer Gelegenheit, bei kleinen Erfrischungen ganz zwanglos Meinungen und Gedanken auszutauschen. Die Redner hatten mit ihren Beiträgen einige lebhaftere Diskussionen ausgelöst, von denen einige ebenso interessant waren wie die eigentlichen Vorträge!

Sheila Fraser erklärte die Veranstaltung zu einem großen Erfolg. “Der Schutz unserer Umwelt ist eines meiner Hauptanliegen. Den Vorsitz in der WGEA zu führen, bietet uns die Möglichkeit, von anderen ORKB zu lernen und ihnen zu helfen. Und wir müssen die Dinge immer in Bewegung halten.”

4. Tagung des Lenkungsausschusses der WGEA in Prag

Von 4. bis 7. April 2005 fand in Prag die 4. Tagung des Lenkungsausschusses der WGEA statt. Veranstaltet wurde die Tagung von Dusan Tesnar und den Mitarbeitern der Obersten Rechnungskontrollbehörde Tschechiens. Der Lenkungsausschuss, der sich aus 20 ORKB zusammensetzt, ist das Arbeitsgremium der WGEA.

Das vorrangige Ziel dieser Tagung war die Umsetzung des Arbeitsplans für 2005-2007. Der Lenkungsausschuss legte die Führungsrollen, Zeitpläne, Informationserhebungsmethoden und den Umfang der folgenden Projekte fest:

- **Erste Schritte zu einer Prüfung der Artenvielfalt** (Projektleiter: Brasilien und Kanada)
Dieses Papier bietet Prüfungsbeamten eine allgemeine Orientierungshilfe bei der Planung und Durchführung von Prüfungen zum Thema Artenvielfalt.
- **Umsetzung des Kommunikationsplans der WGEA** (Projektleiter: Vereinigte Staaten)
Die Umsetzung dieses Plans soll die Kommunikation unter den Mitgliedern der WGEA und zwischen der WGEA und anderen wichtigen Zielgruppen verbessern.
- **Entwicklung und Trends in der Umweltprüfung** (Projektleiter: Kanada)
Dieses Papier soll die Fortschritte beschreiben, die die ORKB bei der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und im Umweltschutz erzielt haben. Es soll Einblicke in die derzeitige und zukünftige Praxis der Umweltprüfung bieten.

- **Zusammenarbeit zwischen ORKB: Tipps und Beispiele** (Projektleiter: Niederlande und Polen)
Dieses Papier dient dem Austausch von Erfahrungen über die Zusammenarbeit (hauptsächlich im Bereich Umweltprüfung) unter den ORKB der INTOSAI – insbesondere bei der Prüfungsvorbereitung, -durchführung und -berichterstattung.
- **Fünfte Erhebung über Umweltprüfung** (Projektleiter: Kanada)
Diese Erhebung soll Trends im Bereich der Umweltprüfung unter den INTOSAI Mitgliedern analysieren. Es ist ein wichtiges Instrument zur Sammlung von Daten über die Erfordernisse der ORKB in diesem Bereich und soll einen Beitrag zur Gestaltung des nächsten Arbeitsplans (2008-2010) der WGEA leisten.
- **Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen des Weltgipfels über Nachhaltige Entwicklung (WSSD)** (Projektleiter: Großbritannien)
Das Papier soll die von den ORKB durchgeführten Überprüfungen der von ihren Ländern erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der WSSD-Verpflichtungen vergleichen und einen Erfahrungsaustausch unter den ORKB fördern.
- **Aktion Abfall- und Wasserwirtschaft** (Projektleiter: Norwegen und Niederlande)
Das Projekt soll geeignete Möglichkeiten zur Förderung des laufenden Erfahrungsaustauschs unter den ORKB in Bezug auf die Prüfung der Wasser- und Abfallwirtschaft festlegen und Prüfungen in diesem Bereich aktiv fördern und unterstützen.

Einladung zur 10. Tagung der WGEA in Moskau

Vor kurzem hat Sheila Fraser, die Leiterin der ORKB von Kanada und Vorsitzende der WGEA, alle ORKB zur Teilnahme an der 10. Tagung der WGEA eingeladen, die von 27. Oktober bis 1. November 2005 in Moskau, in Russland, stattfinden wird. "Dies ist die bedeutendste Veranstaltung im Bereich der Umweltprüfung in der INTOSAI, und ich lege allen ORKB ans Herz, daran teilzunehmen und davon zu profitieren – die nächste vergleichbare Veranstaltung wird es erst wieder 2007 geben."

Der Lenkungsausschuss hat die Tagesordnung für die Veranstaltung festgelegt, zu der auch Gastredner vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen eingeladen wurden. Die Tagung wird Diskussionen über relevante Themen in kleinen Arbeitsgruppen und Seminare und Workshops mit Präsentationen von ORKB zu den folgenden Aspekten beinhalten:

- **Die Prüfung der biologischen Vielfalt:** Präsentationen über den Schutz von Nationalparks, Flüssen und Seen, Ökosystemen, Forstwirtschaft und vom Aussterben bedrohten Arten.
- **Prüfungen zum Thema Klimawandel:** Präsentationen über die Umsetzung des Kyoto-Protokolls, Anpassungsmaßnahmen, Energieeffizienz, internationale Verpflichtungen, Verkehr und Treibhausgase.

- **Steigerung der Wirkung von Umweltprüfungen:** Präsentationen über Prüfungstechniken, wie zum Beispiel:
 - das Abgeben wirksamer Empfehlungen,
 - die Hinzuziehung von Experten,
 - die Formulierung von Prüfungsfragen,
 - die Festlegung des Prüfungsumfangs und
 - die Berichterstattung über die Ergebnisse.
- **Umweltprüfung – die Herausforderungen:** Präsentationen über die Herausforderungen bei der ersten Durchführung einer Umweltprüfung, die Entwicklung einer langfristigen Strategie für die ORKB, die Einstellung und Schulung von Mitarbeitern und die Durchführung von Umweltprüfungen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: WGEA Sekretariat, Fax: ++(613) 941-8286; E-mail: environmental.auditing@oag-bvg.gc.ca; Website: www.environmental-auditing.org.

Fortsetzung von S. 18

Schlussfolgerungen

Der stellvertretende Leiter der ORKB von Neuseeland beendete die Konferenz mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der drei Unterthemen und einem Überblick über die Beiträge der einzelnen Redner. Er hob hervor, dass die Konferenz den Teilnehmern wertvolle Informationen von vielen verschiedenen Kunden und anderen ORKB vermittelt habe, die alle ihre ganz persönlichen Standpunkte in Bezug auf Erwartungen und Bedürfnisse vertreten hatten. Er legte allen ORKB nahe, nicht zu vergessen, weshalb es sie gibt (ihr Zweck), das zu bewahren, was sie sind (ihre Position), und ihre Dienstleistungen (ihre Produkte und Dienstleistungen) regelmäßig an die Bedürfnisse ihrer Klienten anzupassen und weiterzuentwickeln. Zum Abschluss meinte er: "Unser Erfolg oder Misserfolg ist davon abhängig, was wir tun, wenn wir wieder in unsere Finanzkontrollbehörden zurückkehren."

Der Controller und Auditor-General von Neuseeland und der Comptroller und Auditor General von Großbritannien übermittelten abschließende Bemerkungen und Dankesworte.

Nähere Informationen über die Konferenz sind erhältlich bei: Office of the Controller and Auditor General of New Zealand, Level 5, Hitachi Data Systems House, 48 Mulgrave Street, Thorndon, Wellington 1, Neuseeland; Tel: +64-4 917 1500, Fax: +64-4 917 1549; E-mail: Info@oag.govt.nz; Website: www.oag.govt.nz.



IDI Update

IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter <http://www.idi.no>.

IDI Fokusgruppe für Strategische Planung

Der derzeitige strategische Plan der IDI läuft mit Ende 2006 aus, und es werden bereits Vorbereitungen für Beratungen mit Interessengruppen für die Entwicklung eines neuen strategischen Plans getroffen. Vor kurzem hat die IDI Gespräche mit ihren Präsidiumsmitgliedern und ihren Mitarbeitern geführt, um ein Leitbild, Leitziele und zentrale Werte auszuarbeiten. Der nächste wichtige Schritt ist eine 2-tägige Tagung der Fokusgruppe in Norwegen Ende Juni 2005. 12 ORKB-Leiter aus der ganzen Welt haben die persönlichen Einladungen zur Teilnahme an der Fokusgruppe, die die zukünftigen Herausforderungen für die ORKB und die IDI beleuchten soll, angenommen. Die Meinungen der Fokusgruppe werden in die Ausarbeitung eines Fragebogens einfließen, der an die ORKB in Entwicklungs- und Schwellenländer übermittelt wird und wiederum zur Entwicklung von Zielen und Zielsetzungen für den strategischen Plan der IDI für 2007 und die Folgejahre führen soll.

IDI und ASOSAI treffen Vereinbarung über den Aufbau von Sachkompetenzen bei der Prüfung von Betrug und Korruption

Die IDI und die ASOSAI haben kürzlich eine neue Kooperationsvereinbarung für 2005/2006 abgeschlossen. Ein Betrugs- und Korruptionsprüfungsprogramm, das zur Gänze von der IDI finanziert wird, wird im Juli 2005 mit einem Gestaltungs- und Entwicklungsseminar in China beginnen, an dem sechs Schulungsleiter und Sachexperten der ASOSAI teilnehmen werden. Als Ergebnisse dieses Seminars werden umfassende Schulungsunterlagen über die Prüfung von Betrug und Korruption, einschließlich eines Instrumentariums für Prüfungsbeamte, und ein weiterführender Plan für die praktische Umsetzung der Schulungsinhalte am Arbeitsplatz erwartet. Im Anschluss an das Seminar soll im Dezember 2005 in Pakistan ein einwöchiger Workshop für Prüfungsbeamte der ASOSAI stattfinden.

Das E-Learning-Projekt der OLACEFS nimmt Gestalt an

Das erste von der IDI gesponserte e-Learning-Projekt wird Ende 2005 mit der Veranstaltung eines Workshops für Wirtschaftlichkeitsprüfung über die Bühne gehen. Das Projekt wird von der IDI finanziert, wobei regionale Partner in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase wichtige Aufgaben übernehmen. Die sieben Schulungsleiter der OLACEFS, die als Online-Tutoren fungieren werden, trafen im Juni 2005 in Venezuela 2 Tage mit dem akademischen Koordinator, dem Sachexperten (beide von der ORKB von Venezuela) und den IDI Projektleitern zusammen. Die sieben Online-Tutoren kommen von den ORKB von Argentinien, Chile, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador, Kolumbien und Panama. Das Treffen sollte zur Stärkung des Teamgeists beitragen und die Planung der Erprobung und Veranstaltung neuer e-Learning-Kurse ermöglichen. Weitere Informationen über dieses e-Learning-Programm werden in späteren Ausgaben von IDI Update zu finden sein.

Ein zweiter Pool von OLACEFS Schulungsleitern

Wie in der letzten Ausgabe von IDI Update berichtet wurde, fand im Februar und März 2005 in Ecuador ein Workshop für Kursgestaltung und Schulungstechniken (CDITW) statt. 30 Teilnehmer absolvierten diesen Workshop und werden gegen Ende dieses Jahres ihr Diplom als IDI-Schulungsleiter erhalten. Sieben dieser Schulungsleiter und ein Sachexperte aus Kolumbien nahmen im Juni und Juli 2005 an einer weiteren Veranstaltung zur Überarbeitung der Schulungsunterlagen in Costa Rica teil. Auf dem CDITW wurden Kursunterlagen über die Prüfung öffentlicher Dienstleistungen gestaltet, die für die Veranstaltung eines 2-wöchigen Workshops im Laufe des Jahres 2005 überarbeitet werden sollen.

Zusammenarbeit mit dem INTOSAI Komitee für die Staatsschulden

Vertreter der IDI nahmen von 2. bis 3. Juni 2005 an der Tagung des INTOSAI Komitees für die Staatsschulden in der bulgarischen Hauptstadt Sofia teil. Das Komitee wurde über Entwicklungen in der OLACEFS, den Workshop für Staatsschulden der ASOSAI und das bevorstehende IDI-EUROSAI Programm für Staatsschulden in Russland informiert. Das Komitee wurde auch über die Ergebnisse der weltweiten IDI-Erhebung im Bereich der Prüfung von Staatsschulden in Kenntnis gesetzt.

Kontaktadresse der IDI

Wenn Sie zu einem der Beiträge in dieser Ausgabe von IDI Update Stellung nehmen möchten, rufen Sie bitte +47 21 54 08 10 oder senden Sie ein e-mail an idi@idi.no.

INTOSAI 2005 - 2006 Events



Juli

25.-29. AFROSAI Kongress,
Elfenbeinküste

25. Finanz- und Verwaltungskomitee,
Washington, D.C.

August

September

5. Arbeitsgruppe für die Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung,
Oslo, Norwegen

6. Arbeitsgruppe für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen,
Oslo, Norwegen

7.-8. Komitee für die Richtlinien für die Finanzkontrolle,
Oslo, Norwegen

12.-14. Arbeitsgruppe Privatisierung,
Brasilia, Brasilien

Oktober

27.-1. Nov. Arbeitsgruppe Umweltprüfung,
Moskau, Russland

November

10.-11. Tagung des Präsidiums der INTOSAI,
Wien, Österreich

Dezember

Januar 2006

Februar

März

April

May

17-19 Komitee für IT-Prüfung,
Brasilia, Brasilien

June

20 Internationales Symposium / Kontrolle der Tsunami Hilfgelder,
Wien, Österreich

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.